

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

123 (29.5.1922)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 28 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 33 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Abgaben abgeholt 20 M. monatlich. — Einzelhefte 1 M. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonizelle 3.40 M., auswärts 4.— M. Die Kolonizelle 15.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Der kritische 31. Mai

#### Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Reichsregierung

Ind, wie der „Sozialdem. Parl. Dienst“ berichtet, soweit es sich um die Angelegenheiten des Reichs handelt, die die Meinung der Reichsregierung in der Lage ist, die Leitung der Reichspolitik fortzuführen. Die Basis, auf der die Einigung erfolgte, heißt Fortführung der Pariser Verhandlungen. Sowohl die Reichsregierung, wie auch die Parteiführer, sind sich darüber klar, daß diese Basis neu, vielleicht große Gefahren, für die Zukunft in sich birgt. Solange jedoch die Pariser Verhandlungen nicht zu einem gewissen Abschluß gebracht sind, diese es Zeit vergehen, über die Gefahren zu reden. Sie werden sich aus dem kommenden Gang der Verhandlungen über die Reparationsfrage von selbst ergeben.

Nachdem die einseitige Auffassung im Reichskabinett wieder zustande gekommen ist, konnte die Antwort an die Reparationskommission erfolgen. Noch im Laufe des Sonntags ist diese Antwort durch Kurier nach Paris überbracht worden, um am Montag durch die Post an die Reparationskommission übergeben zu werden. Der Inhalt bezieht sich auf die bekannten Brabant-Formel, mit anderen Worten, die Reichsregierung erklärt sich gewissermaßen mit den vorläufigen Abmachungen, die Sermes in Paris über die Steuern getroffen hat, einverstanden.

Bevor die Antwort nach Paris übermittelt wurde, beschäftigte sich am Samstag der Auswärtige Ausschuss mit den Reparationsverhandlungen. Trotz schwerer Bedenken stimmten die Mitglieder der Reaktionsparteien den vorläufigen Abmachungen zu. Die Reaktionsparteien sind die deutschen nationalen Parteien, die sich für die Pariser Verhandlungen einsetzen. Sie sind der Meinung, daß die Pariser Verhandlungen die einzige Möglichkeit sind, die den Deutschen die Möglichkeit geben, die Reparationsfrage zu lösen. Sie sind der Meinung, daß die Pariser Verhandlungen die einzige Möglichkeit sind, die den Deutschen die Möglichkeit geben, die Reparationsfrage zu lösen. Sie sind der Meinung, daß die Pariser Verhandlungen die einzige Möglichkeit sind, die den Deutschen die Möglichkeit geben, die Reparationsfrage zu lösen.

### Zeitverlängerung?

Aus Paris wird berichtet, daß ein Meinungsaustrausch zwischen Paris und London über die Frage, ob Frankreich die Reparationsfrage lösen kann, im Gange ist. „Echo de Paris“ und „Journal“ stellen fest, daß entsprechend der Praxis der Reparationskommission, im Falle eines Freitags von 14 Tagen zu gewöhnen, nicht direkt nach dem 31. Mai ein Verzug auf Seiten Deutschlands festzustellen werden könnte, sondern erst nach dem 15. Juni.

Nach einer weiteren Meldung hat Poincaré französischen Pressevertretern erklärt, daß der 31. Mai keinesfalls die entscheidende Bedeutung habe, die bis jetzt diesem Datum von französischer Seite beigelegt worden ist. Der Ministerpräsident bezieht sich auf die Pariser Verhandlungen, die seit dem 15. Juni im Gange sind. Er ist der Meinung, daß die Pariser Verhandlungen die einzige Möglichkeit sind, die den Deutschen die Möglichkeit geben, die Reparationsfrage zu lösen. Er ist der Meinung, daß die Pariser Verhandlungen die einzige Möglichkeit sind, die den Deutschen die Möglichkeit geben, die Reparationsfrage zu lösen.

### Beratungen des Reichskabinetts

28. Mai, Berlin, 28. Mai. Die Beratungen des Reichskabinetts über die Pariser Verhandlungen der Reichsfinanzminister Dr. Sermes mit den Mitgliedern der Reparationskommission wurden gestern nachmittags abgeschlossen. Nachdem die an Staatssekretär Bergmann gerichteten Anfragen beantwortet worden waren, fand das Reichskabinett eine weitere Verhandlung und beschloß, daß dem spätmittäglichen einberufenen Auswärtigen Ausschuss des Reichstags in diesem Sinne berichtet werde. Die vertrauliche Aussprache des Auswärtigen Ausschusses, an der sich der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister sowie Vertreter aller Parteien beteiligten, dauerte bis 10 Uhr abends. Ein Antrag auf Beschlusfassung wurde nicht gestellt. Die aus den Pariser Verhandlungen sich ergebende Note an die Reparationskommission wird sonach heute durch Kurier nach Paris abgehen und am Montag der Reparationskommission übergeben werden. Der Auswärtige Ausschuss beschloß, heute vormittags 10 Uhr zur Entgegennahme des Berichtes über die Konferenz von Genua zusammenzutreten. Das Referat wird der Reichsminister des Innern Dr. Brüning zu erstatten. In der Plenarsitzung des Reichstags am Montag werden Erklärungen der Regierung über die Konferenz von Genua abgegeben werden.

Wie die „B. Z. M.“ erfährt, ist auf die Anfrage, die die deutsche Regierung gestern über den deutschen Notenumlauf an die Reparationskommission richtete, bereits heute eine Antwort von Paris eingetroffen. Ueber den Inhalt läßt sich vorläufig nur sagen, daß sie nicht völlig abnehmend ist.

### Mißglückte Kontrolle der Polizeikaserne Landshut

Die „Correspondenz Hoffmann“ meldet: Am 26. Mai sollte die Landespolizei Landshut durch die interalliierte Militärkontrollkommission in München kontrolliert werden. Dabei kam es an der Polizeikaserne, vor deren Eingang ein Strafwagen mit interalliierten Offizieren und einem deutschen Begleitoffizier, sämtlich in Zivil, hielt, zur Aufsammlung einer großen Menschenmenge, die ihren Unmut über die beabsichtigte Kontrolle durch erregte Rufe zum Ausdruck brachte. Angesichts der drohenden Haltung der immer mehr anwachsenden Volksmenge traten die Vertreter der interalliierten Militärkontrollkommission unverrichteter Dinge nach München zurück. Der ganze Vorgang dauerte wenige Minuten. In Zukunft gegenüber den Vertretern der interalliierten Kommission kam es nicht.

### Keine rheinische Scheinrepublik

Eine bürgerliche Korrespondenz verbreitete aus angeblich zuverlässiger Quelle die Nachricht, zwischen englischen Persönlichkeiten und einigen führenden Rheinländern seien Verhandlungen geführt worden über die Gründung einer rheinischen Scheinrepublik auf 15 Jahre unter englischer Schutzherrschaft. Die Gründung solle aus rein nationalen Beweggründen erfolgen, um die französischen Bestrebungen am Rhein zu durchkreuzen. Auch Führer der freien Gewerkschaften, die politische Polizei und die Reichsregierung seien über diese Verhandlungen unterrichtet und mit ihnen einverstanden. Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst kann diese Meldung, soweit sie sich auf die freien Gewerkschaften bezieht, als vollkommen erfinden bezichtigen. Weder die freien Gewerkschaften, noch die Sozialdemokratie sind jemals zu solchen Verhandlungen hingezogen worden. Im übrigen glaubt der Parlamentsdienst sagen zu können, daß auch die Reichsregierung von diesen angeblichen Verhandlungen nicht das geringste weiß, wie vermutlich überhaupt die ganze Meldung in das Reich der Fabel zu verweisen ist.

### Beendigung des Metallarbeiterstreiks in Mannheim

Das Abstimmungsresultat bei der am Freitag in Mannheim stattgefundenen Abstimmung der Streikenden hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden insgesamt 14 811 Stimmen, davon stimmten 6318 für die Annahme der Vereinbarungen, also mit Ja; 4445 Stimmen waren gegen die Annahme (Nein); 551 Stimmen waren unglücklich. Dem Streik ist der über sechs Wochen währende Streik in der Metallindustrie beendet und die Arbeit wird heute Montag wieder aufgenommen.

### Ueber die Explosion in Blumau

wird weiter gemeldet: Es gelang der Wiener Feuerwehr, die Dynamit-Anlage und die Nitrosulzuranlage zu retten, wo 15 000 Kilogramm Nitrosulzuranlage lagen. Im Ort Blumau ist kaum ein Haus ganz geblieben. Der angrenzende aus 40 Arbeiterwohnungen bestehende Ort Neudorf ist vollständig dem Erdboden gleichgemacht. Die enghüllige Zuspitzung der Luft ist noch nicht gestillt. Die deutsche Gefahrdienst Dr. Pfeiffer hat dem Bundeskanzler als Beitrag der ersten Hilfe für die Betroffenen infolge des Unglücks in Blumau 500 000 Kronen übergeben.

### Kleine Nachrichten

Mains. Wegen Lohnforderungen sind die kaufmännischen Angestellten in eine Streikbewegung eingetreten, die heute zum Ausbruch führte, da eine Einigung nicht zustande kam. Einige Großbetriebe haben die Forderungen bewilligt und sind daher vom Ausbruch nicht betroffen.

Berlin. Nach einer Meldung des „Lokalanzeigers“ bereitet die Saarbrücker Eisenbahnverwaltung auf Anweisung der Reparationskommission des Saargebietes die Entlassung von 1200 Unterbeamten und Arbeitern vor. Die Bahnen hatten im Vorjahr ein Defizit von 10 Millionen Franken.

Wien. Der Streik in der sachsisch-thüringischen Weinbauindustrie, der etwa 40 000 Arbeiter umfaßt, ist beendet.

Wien. Das kochende Badvolk ist in der Nähe von Leopoldsdorf im Brand geraten. Es sind gleichzeitig an 4 Stellen zu brennen an. 18 Feuerwehren gelang es nach stündiger Arbeit den Brand zu löschen. 200 Personen wurden verwundet. Seit Mittwoch wütet zwischen Badhof und Penzance ein Waldbrand in einer Breite von 2 1/2 Kilometern.

Salzburg. Das „Salzburger Volksblatt“ meldet, daß die Reichsbesitzung Anfang März vermissten Ingenieurs Opel gefahren auf der Trauner Alp bei Berleins, eine halbe Stunde oberhalb des Gasthofes Traunau aufgefunden worden sei.

W. Massenprotest gegen deutsche Textilfabrikanten. Zahlreiche amerikanische Warenhäuser und Groß-Importeure, die umfangreiche Bestellungen auf Textilwaren in Deutschland erteilt haben, haben ihre Aufträge in großem Umfang annulliert, da die festgesetzten Liefertermine seit längerer Zeit verstrichen sind. Die deutschen Fabrikanten weigern sich jedoch, die Annullierungen anzunehmen und die zum Teil sehr erheblichen Vorauszahlungen zurückzugeben. Infolgedessen haben zahlreiche amerikanische und englische Firmen bei den Gerichten in den verschiedenen deutschen Textilbezirken Klagen anhängig gemacht, um die Annullierung der Aufträge, für die sie infolge Lieferungsverzögerung keine Verwendung mehr hätten, um Rückzahlung der geleisteten Anzahlungen zu erreichen.

### Wirth — Sermes

Ueber die Pariser Verhandlungen, die den Ausgangspunkt der Meinungsverschiedenheiten im Kabinett bildeten, wird viel geschrieben, und dabei wird oft auch vieles durch einander gebracht. Will man sich über den Gang der Dinge klar werden, so muß man zweierlei sorgfältig auseinanderhalten: die Verhandlungen über Zahlungsvereinfachung und Ausschub mit der Reparationskommission und die Verhandlungen um eine Reparationsanleihe mit dem Anleihekomitee. Im ersten Fall handelt es sich um ein völkerrechtliches Abkommen zwischen Deutschland und der Entente, im zweiten um ein Geschäft zwischen Deutschland als Anleihegeber und privaten Geldgebern.

Für die Gewährung einer Anleihe kommen verschiedene Voraussetzungen in Betracht: die erste davon ist, daß das Verhältnis zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission geklärt wird. Wird dieses Verhältnis für die nächste Zeit so geordnet, daß keine ernstlichen Störungen zu befürchten sind, dann ist das Geld, das unter Umständen Deutschland gegeben wird, einermahnen geachtet; im entgegengesetzten Fall wäre es arg gefährdet. Der Gang der Verhandlungen mit dem Anleihekomitee hängt also wesentlich von dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Reparationskommission ab.

Aber auch umgekehrt bestehen Wechselwirkungen. Die Reparationskommission ist daran interessiert, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit für die nächste Zeit sichergestellt wird, was am zweckmäßigsten durch eine Anleihe geschieht. Hat sie Aussicht, auch ohne Anleihe Geld zu bekommen, so besteht für sie kein Anlaß, diese Aussicht dadurch wieder zu verderben, daß sie zu einer Krise treibt. Ihre Haltung wird davon beeinflusst werden, wie sie diese Aussicht beurteilt.

Trotz dieser Wechselwirkungen handelt es sich aber um zwei voneinander getrennte Verhandlungskomplexe. Und nur der erste von ihnen beiden, also die Verhandlung Sermes-Reparationskommission ist es, die im Augenblick zur Debatte steht. Zweierlei hat die Reparationskommission gefordert, wenn sie die Zahlungsvereinfachungen aufrecht erhalten soll: neue Steuern und Finanzkontrolle. Die Steuerfrage ist es, die im Augenblick den Streitgegenstand bildet.

Nach Mitteilungen auf unrichtiger Pariser Blätter soll vorläufig vereinbart worden sein, daß der Fehlbetrag des deutschen Reichshaushalts auf einen bestimmten Betrag begrenzt wird. Sobald sich herausstellt, daß dieses Normaldefizit überschritten wird, soll Deckung des überschüssigen Fehlbetrages durch neue Reichseinnahmen gesucht werden. Das ist ein ganz richtiges Prinzip; denn auch Deutschland ist daran interessiert, sein Defizit nicht unbegrenzt steigen zu lassen. Nur erhebt sich der Einwand: Wenn nun durch einen neuen katastrophalen Sturz der Mark plötzlich ein neues Rechenloch im Reichshaushalt entsteht, gibt es dann überhaupt die Möglichkeit, es durch neue Reichseinnahmen zu stopfen? Darauf ist zu antworten: Die Regulierung des Defizits soll eben dazu dienen, den Markkurs zu halten. Mißlingt dieser Versuch, so ist das Wirken einer höheren Gewalt festzustellen, das Deutschland an der Erfüllung seines Verprechens hindert. „Wenn der Himmel eintritt, dann sind alle Söhne tot.“

Auf der anderen Seite: der Markkurs läßt sich eben nur dann aufhalten, wenn Defizitwirtschaft und Geldausflutung (Inflation) nicht bis ins Unerlöschliche forschreiten. Jemandem muß die Geschichte angepaßt werden, ein besseres Mittel zur Stützung des Markkurses als die Balanzierung des Reichshaushalts ist nicht gefunden worden. Auch hier handelt es sich selbstverständlich nur um einen Teilversuch, dem verwickelten Problem beizukommen; aber nur auf dem Wege solcher Teilversuche, die gelingen oder auch scheitern können, ist es möglich, schließlich zu einer Lösung zu gelangen.

Sollten also die erwähnten Pariser Meldungen richtig sein, dann wäre nicht einzusehen, woraus man dem Reichsfinanzminister Dr. Sermes einen Vorwurf machen will, und es wäre schwer zu begreifen, daß es darüber zwischen ihm und dem Reichskanzler zu ernstlichen Meinungsverschiedenheiten kommen könnte. Solche Meinungsverschiedenheiten lassen sich vermeiden, wenn der Wille besteht, die ganze Angelegenheit rein sachlich, unter Ausschaltung alles Persönlichen, zu behandeln. Wollte man freilich an die Sache mit der vorgefachten Meinung herangehen, daß Sermes immer unrecht haben muß, weil es Wirth ist, und Wirth immer recht, weil es Wirth ist, dann würde die Möglichkeit einer rein sachlichen Stellungnahme schwinden.

Das Ziel muß sein, mit der Reparationskommission, in der nicht mehr nur französischer Einfluß herrscht, sondern auch englisch-italienischer sich geltend macht, bis zum 31. Mai zu einer Verständigung zu gelangen. Dann werden wir auch die Atempause erhalten, in der wir für die Befriedigung unumgänglicher finanzieller Forderungen, für ihre Begrenzung auf das Mögliche, mit Aussicht auf Erfolg wirken können. Das ist der Sinn der sogenannten „Erfüllungspolitik“, auf die der Reichskanzler Herr Dr. Sermes in seiner Ernennung zum Reichsfinanzminister verpflichtet ist und deren klare Linie Sermes auch bei seinen Pariser Verhandlungen nicht verließ.

### Lloyd George für den Weltfrieden

Bei einem Frühstück im „Hotel Cecil“ in London zu Ehren Lloyd Georges hielt der Premierminister vor ungefähr dreihundert seiner Anhänger als dem Ober- und dem Unterhaus eine Rede, in der er erklärte, er behaupte keineswegs, daß das Wort von Genoa beendet sei. Es sei begonnen, und einmal begonnen, werde es zu Ende geführt werden. Eine Missionenfrage sei unternommen worden, die in jeder Lage auf Schwierigkeiten stoßen. Es sei jedoch eine Aufgabe, die lebenswichtig für die Wohlfahrt der Menschheit sei, nicht nur für das britische Reich und den ganzen Kontinent von Europa, sondern tatsächlich für die ganze Welt. Nachdem einmal dieser Schritt getan sei, müsse er bis zu Ende durchgeführt werden: bis Friede und Wohlgefallen unter den Menschen hergestellt sei. Europa sei so durchwegs überzeugt von der Notwendigkeit des Friedens, daß der Geist, der durch die Erörterungen von Genoa bezeugt werde, den Wagen des Friedens schließlich durch das Ziel führen werde. Es sei nicht zu erwarten, daß man innerhalb von sechs Wochen die Schwierigkeiten überwinde, alle Vorurteile beseitigen und den Argwohn niederzulegen werde. Wenn man jedoch ausharre, werde manches sich ändern. Der in Genoa begonnene Kampf müsse bis zu Ende weitergehen. Das sei eine Aufgabe, bei der das britische Reich die führende Rolle übernommen habe. Lloyd George fuhr fort: Großbritannien hat in dem größten aller Kriege, den die Welt je gesehen hat, 9,5 Millionen Mann mobilisiert; haben wir kein Recht, etwas darüber zu sagen, wie der Friede in der Welt erreicht werden soll? Fünf bis sechs Millionen von diesen Menschen gingen nach Frankreich. Die Dominions entsandten 1 600 000 Mann in den Krieg; haben sie kein Recht, zu erklären, welcher Friede in der Welt hergestellt werden soll? Indien entsandte 1 679 000 Mann; hatte es kein Recht, Vertreter zu der Versammlung von 33 großen und kleineren Nationen zu entsenden und zu sagen: Indien findet sich nur mit dem Vorgesetzten ab? Die Weiten verloren im Krieg 2 266 000 Mann. Dies begründet unser Recht und unsere Pflicht; dies ist es, was uns zwingt. Daher gingen wir nach Genoa und beherzigt meine Freunde und ich der Ansicht, daß wir recht tun, wenn wir zu allen diesen Millionen sprechen, die gekämpft haben, für alle die Millionen, die gefallen sind und zu den Krämpfen, um ihnen zu sagen, daß in der Welt Friede herrschen muß. Großbritannien, das seine Macht in dem Kampfe erweist, wird nunmehr seine gesamte Macht einsetzen, um den Frieden in der Welt zu schaffen und das Wohlwollen unter den Menschen herzustellen!

Unter großem Beifall schloß Lloyd George: Großbritannien ist nicht außer Gefahr, die Welt ist nicht außer Gefahr, die Menschheit ist nicht außer Gefahr. Es bestehen Gefahren in der Ferne und es gibt Gefahren näher an unserer Küste, es gibt schließlich auch Gefahren auf unserer Inseln. So wollen wir auch jetzt den Geist des Zusammenwirkens zeigen, bis die letzte Gefahr vorbei ist und Großbritannien der Welt gegenübertritt und ihr die bis zu Ende durchzuführen kann.

### Das Pensionierungsgesetz

Im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte Genosse S o s am Dienstag Bericht über die Beratungen des Unterhauses, der die Aufgabe hatte, in der Frage des Pensionierungsgesetzes die gegenwärtigen Ansichten der Fraktionen zum Ausdruck zu bringen. Trotz des weitgehenden Einigens zwischen der Sozialdemokratie kam ein Kompromiß nicht zustande. Unsere Fraktion hatte einen neuen Entwurf des Gesetzes entworfen, der allen gedienten Männern Rechnung tragen sollte. Bis zur Höhe des Unterschiedes zwischen dem Ruhegehalt einschließlich des Teuerungszuschlages und den Dienstbehalten, die der Ruhegehaltsempfänger als Beamter im Zeitpunkt seines Ausscheidens in der zuletzt besetzten Stelle bezogen habe, oder bezogen hätte, wenn das Besoldungsgesetz vom 30. April 1920 und seine späteren Änderungen oder Ergänzungen bereits gegolten hätten, soll das Arbeitsentgelt bei der Pensionierung unberücksichtigt bleiben. Dieses künftige Arbeitsentgelt soll aber mindestens bis zur Höhe von 40 000 und höchstens in Höhe von 80 000 M berücksichtigt werden. Das Zentrum wollte die untere Grenze des künftigen Arbeitsentgelts anstatt mit 40 000 mit 60 000 M festsetzen. Die Reichsregierung sollte überdies ermächtigt werden, bei Veränderungen der Ver-

meinen Wirtschaftslage diesen Betrag entsprechend zu ändern. Nach längerer Debatte wurde in § 1 festgelegt: Bis zur Höhe von 60 000 M bleibt das Arbeitsentkommen bei der Pensionierung unberücksichtigt (kürzungsfreies Arbeitsentkommen). Die Reichsregierung ist ermächtigt, diesen Betrag bei Veränderung der den Beamten zuzurechnenden Teuerungszuschläge entsprechend zu ändern. Das Ruhegehalt einschließlich des Teuerungszuschlages — und zwar des Teuerungszuschlages zu erst — wird um die Hälfte des Betrages gekürzt, um das gesamte Arbeitsentkommen das künftige Arbeitsentkommen übersteigt. Die Hälfte des Ruhegehalts einschließlich des Teuerungszuschlages muß jedoch dem Ruhegehaltsempfänger verbleiben.

Die §§ 2 bis 4 stellen fest, daß auch diese Bestimmungen sinngemäß für Parteienangehörige und Beamte gilt, die unter Belassung des vollen Gehalts dem Dienste entlassen sind und daß sie auch sinngemäß Anwendung finden auf die verschiedenen Offizierspensionen- und Entschädigungsgesetze sowie auf das Wehrmachtsversorgungsgesetz. Für die Feststellung der Höhe des Einkommens ist die Veranlagung der Einkommensteuer zugrunde zu legen. Das Gesetz gilt nicht für Personen, deren Lebensführung in den drückeren oder einflussreichen Angehörigen nach Vollendung des 60. Lebensjahres wirksam geworden ist. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1923 in Kraft.

### Aus der Partei

5. badischer Landtagswahlkreis  
Agitationsbezirk Karlsruhe  
Der Kreisvorstand beschloß in seiner Sitzung vom 23. Mai auf Sonntag, 11. Juni, vormittags 10 Uhr in die Restauration „Karlshaus“, Schützenstraße 38 in Karlsruhe eine Kreisversammlung einzuberufen.

- Tagesordnung:**
1. Geschäftsbericht: a) Stand der Organisation, b) Beitragsfragen.
  2. Die bevorstehenden Gemeindevahlen.
  3. Wahl der Delegierten zum Deutschen Parteitag in Augsburg.
  4. Wahl des Kreisvorstandes.

Wir erlauben die Vereinstellungen die Stellungnahme der Mitglieder hierzu zu veranlassen und die Delegierten wählen zu lassen. Die Entsendung von Delegierten hat zu erfolgen nach § 9 des Organisationsstatuts. Entsenden können Kreisvereine bis 100 Mitglieder 1 Vertreter

300	1
600	2
1000	4
1000	1
1000	1
1000	1

Für je weitere 1000 Mitglieder 1 Vertreter.  
Diese Konferenz ist äußerst wichtig und wir erwarten daher, daß jede Mitgliedschaft vertreten ist.  
Die Kreisleitung: J. A. Oskar Trinius.

**Rur Beitragsfrage**  
Der Bezirksauschuß hat in einer Sitzung am Montag, den 22. Mai, die Beitragsfrage geregelt. — provisorisch. Provisorisch in dem Sinne, daß unsere höchste bodliche Verwaltungsinstante über die Stimmungen und Meinungen der Genossen, die zur Beitragsfrage in der Presse sich bis jetzt geäußert haben, ohne weiteres hinweggehen sich getraute. Das Wort provisorisch bedeutet also eine Konzeption an diejenigen, die die Beitragsfrage anders geregelt sehen wollen. Das ist der Staffelleitung in dem Trinius'schen Vorfall. In heutiger Zeit muß man sich dem Althergebrachten und Eingetragenen auch in dieser Frage, wenn es im Interesse der Finanzierung der Partei steht, und im Interesse der Erhaltung unserer Mitglieder, frei machen können. An der Erhaltung der Mitglieder, die für uns die wichtigste Aufgabe ist, hat der Bezirksauschuß bei Festlegung dieses sehr einfachen Beschlusses wenig Bedacht. Ich nehme aber doch an, daß er diesem Punkt eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen sollte. Dem Bezirksauschuß muß es doch bekannt sein, daß es eine große Zahl von Parteigenossen gibt, die unter der wirtschaftlichen Depression so sehr leiden, daß sie für dieselben aller Artentgeltung bedürftig, den Parteibeitrag zu entrichten. Aber auch dies geht letzten Endes bei einer generellen Erhöhung über deren Kräfte. Der Bezirksauschuß mag sich einmal in diesen Gedanken gehen hineinsetzen und dann die Mitgliederbewegung von 4. Quartal des vergangenen Geschäftsjahres noch einmal genau betrachten. Wie leicht kommt er dann noch die letzten Vorarbeiten ab und bekennt sich zu dem n. E. einzig richtigen Weg der Stoffleitung.

Ich habe ja das Vergnügen, schon einige Jahre Kassier des Karlsruher Parteivereins zu sein. Es muß mir also zuerkannt werden, daß ich die Verhältnisse hinsichtlich unserer Genossen einigermaßen kenne. Ich glaube sicher annehmen zu können, daß bei einem Grundbeitrag von 1 M und der dann folgenden Erhöhung dem Parteiauschuß mehr Geld zur Verfügung steht, als bei einer gleichmäßigen Erhöhung der Beiträge auf 2 M; und ein Verlust von Mitgliedern wird sicher nicht eintreten. Auf eine gewisse Kontrolle der Selbstbehaltung bei den Leistungsfähigen kann natürlich ebenso wenig Gewicht gelegt werden als das bei den leider nicht mit Glücksgütern gesegneten der Fall sein kann. Das ist von untergeordneter Natur. Von der Notwendigkeit einer besseren Finanzierung unserer Parteikassen ist jeder Genosse überzeugt. Um dies ohne Härten zu erreichen, muß auch hier der wirtschaftlich Stärkere für den wirtschaftlich Schwächeren eintreten. Die Frage der Verteilung der Kosten und Aufspaltung der Kosten an Partei- und Reichsbeiträge ist so einfacher Art, daß das der Einführung der Stoffbeiträge kein Hindernis bereiten kann. Der Grundbeitrag der Genossen kann auf der jetzigen Höhe belassen werden, aber die freiwillige Einführung muß auch hier in Kraft treten. Ich möchte also die Hoffnung aussprechen, daß die demnächst in allen Parteien stattfindenden Parteikonferenzen dieses Problemum besetztigt und dafür ein Definitivum auf dem Grundlagedes Trinius'schen Stoffbeitrags setzt.

**Die Organisation in Hamburg**  
In der Generalversammlung des Bezirks Hamburg Nord-West, die am Mittwoch den 24. und Donnerstag den 25. Mai in Hamburg tagte, erklärte Parteiführer Genosse Vogel Bericht. Es ist ein kleiner Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Die Haupttätigkeit unserer Genossen und Genossinnen galt der inneren Festigung unserer Organisation. Am 1. April 1921 zählte der Bezirk Hamburg Nord-West 77 346 männliche und 19 704 weibliche Mitglieder; zusammen 97 050 Mitglieder. Am 31. März 1922 wurden 77 971 männliche und 20 013 weibliche, zusammen 97 984, mithin ein Mehr von 934 Mitgliedern verzeichnet. Die Zahl der Ortsvereine hat sich um 2 von 149 auf 151 vermehrt. Die Jahresabrechnung der Bezirkskasse schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 918 113,13 M ab. Die von der Hauptversammlung einstimmig beschlossene und mit dem 1. Juli ds. Js. in Kraft tretende Beitragserhöhung auf 2 M monatlich für Männer und 50 Pf für Frauen wird auch finanziell wie organisatorisch die Partei zu kräftigen, daß sie allen Anforderungen gewachsen sein wird.

### Soziale Rundschau

**Achtung, Krankenkassen!**  
Der Reichstag beschloß am Freitag abend, verschiedene Veränderungen zum Krankenversicherungsgesetz. Den Krankenkassen wurde gestattet, die Grundhöhe erheblich zu erhöhen. Das Selbstverwaltungsrecht der Kassen wurde dabei noch insoweit verstärkt, als ihnen die Möglichkeit gelassen wird, durch Satzungsänderungen über den gesetzlich festgelegten Höchstbeitrag hinauszugehen, falls er nicht ausreicht. Die Grenze für die Versicherungspflicht wurde auf 60 000 M erhöht und die Höchstfrist von 8 auf 14 Jahre erweitert. Die Wochenhilfe und Wochenfürsorge sollen je in einem besonderen Gesetz geregelt werden. Der einmalige Beitrag für Entbindungskosten wurde auf 250 M und das Stillsitzgeld durchweg auf 6 M erhöht. Bezüglich der Wochenfürsorge wurden die Alterszuschläge auf 1500 M erhöht.

**Gesetz über Lohnstatistik**  
Dem Reichstag ist ein Gesetzesentwurf über Lohnstatistik vorgelegt, der bestimmt, daß die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats Erhebungen über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten anordnen kann. Es soll ein lohnstatistischer Beirat, der der Reichsregierung als Beirat der Arbeiter und Arbeitnehmer vorzulegen, geschaffen werden, der bei Aufstellung der Erhebungsanfragen mitwirken soll. Die von den Erhebenden erhobenen Angaben über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse sind unter Verschluß bis zu 100 000 M geheim zu halten. In der Begründung wird ausgeführt, daß eine Lohnstatistik in Verbindung mit einer Statistik der Lebenshaltungskosten für eine gesunde Volkswirtschaft dringend notwendig sei. Das Statistengesetz soll die Notwendigkeit der Erhebungen sicherstellen. Es soll mit monatlichen Feststellungen kleinerer Umfragen in Gewerbebetrieben mit einfach gelagerten Vorkonsumgütern begonnen werden. Mit möglichst einfacher Fragestellung und Beschränkung in der Zahl der Erhebungsbetriebe und der Ver-

### Die Islandfischer

20 Von Pierre Loti (Fortsetzung)

Nach einer weiteren Woche auf dem blauen Meer lief das Schiff an einer grünen Küste an, wo ebenfalls gerade Regen fiel. Scheinende gelbe Menschen, die Hände voll Nischen trugen, drängten sich fesselnd auf das Schiff, das sie ganz überfüllten und mit ihrem Atem erfüllten.  
„Sind wir denn schon in China?“ fragte Schloffer beim Anblick der Jopfräger.  
Die Antwort war, daß er sich noch ein wenig gedulden müsse, jetzt sei man erst in Singapur. Er hing wieder hinaus in seinen Raifonds, um dem fernen Nostenkopf zu zusehen, den der Wind von den Fingern von Nischen anpöbelte, deren Inhalt mit fischerhafter Gier in den Nostentraum geleert wurde.  
Am Hafen von Turen lag die „Kiste“, die Madade hielt; Schloffer mußte längst, daß er der Besatzung dieses Schiffes zugeweiht war, und er wurde mit seinem — in übergeben.  
„In Bord der „Kiste“ fand er nicht nur Mandelbrot, sondern sogar zwei Jeldänder, die bei den Kanonieren standen. In den warmen stillen Abenden, wenn es nichts zu tun gab, sonderlich sich die drei von den anderen ab und setzten sich zusammen, um in ihrem Winkelchen die Zusammengehörigkeit und ihre Heimats-erinnerungen zu pflegen.  
Fünf Monate der Untätigkeit mußten in dieser traurigen Nacht verbracht werden, ehe der erste Tag zum Losschlagen kam.

Es war der letzte Februar, der Vorabend des Tages, an welchem die Seeleute von Raimpol nach Island aufbrechen pflegten.  
Gaud lehnte am Türpfosten ihres Zimmers; sie war sehr bleich, denn Jann war unten. Sie hatte ihn kommen sehen und vernahm jetzt in undeutlichen Lauten den Klang seiner Stimme, wie er mit ihrem Vater sprach.  
Den ganzen Winter über hatte sie ihr nicht gesehen — es war, als ob ein feindliches Schicksal eines von anderen fern stielte! Nachdem sie den Blick in den Vorraum geworfen, hatte sie eine schwache Hoffnung auf den Witzgang der „Islandfische“ gesetzt, bei welcher Gelegenheit es am Abend auf dem Marktplatz nicht an Gelegenheit fehlte, sich zu sehen und zusammen zu reden. Aber sobald schon am frühen Morgen noch die Fächer gesponnt und mit Grün geschmückt wurden, so war doch der Himmel dem

Zeit nicht günstig, denn es regnete in Strömen. Ein heulender Westwind jagte die Wolken vor sich her, die noch nie so schwarz über Raimpol gelanden hatten. „Die von Blauazianer kommen heimlich nicht!“ sagten die Mädchen, deren Väter dort wohnten. Und sie waren auch nicht gekommen, bis auf ein paar Einzelne, die nichts Älteres zu tun wußten, als sich vor dem Keller in den Ecken zu setzen. Die Prozession mußte ausfallen, es gab kein verträgliches Singen und Herzpazieren auf dem Platz, und kein Vergnügen des ganzen Abend trüblich auf ihrem Feiertag, für den Regen zu und vernahm das müde Singen von den Wirtschaftlern her.

Seit mehreren Tagen hatte sie Janns Besuch vorausgesehen; sie wußte, daß der alte Gaud nicht gern nach Raimpol kam, daher war zu erwarten, daß er seinen Sohn finden würde, um die Stellungnahme über den Verkauf der Waare mit ihrem Vater abzumachen. Gaud hatte sich vorgenommen, ehe er eine Aussprache herbeizuführen, und sich vom Herzen heranzuzureden, daß er ihre Ruhe geliebt, ihr erst geliebt und dann nach der der gewissenlosen Kurden wieder verlassen habe. Eigeninn, Wildheit, sein lässes Festhalten am Seemannsberuf, oder die Furcht vor einem Noth — alle diese Hindernisse, die ihr Schloffer bezeichnet, konnten bei einer persönlichen Aussprache überwinden werden. Und dann würde vielleicht das fahne Wächeln wieder auf seinem Gesicht erscheinen, das sie im vorigen Winter so entzückte, während sie den ganzen Abend mit ihm getanzt hatte.  
Diese Hoffnung gab ihr den Mut zu dem Vorhaben, das für ein Mädchen immerhin ungewöhnlich war, und erfüllte sie mit einer sanften Art von Ungeduld. In Gedanken läßt sie sich so einfach! Gaud war überdies zu guter Stunde gekommen, denn ihr Vater rauchte eben, und da er sich nicht gern in diesem Gemisch hören ließ, würde er sich kaum die Mühe machen, dem Gaud das Geleit zu geben, da konnte sie ihm im Hausflur entgegen treten und mit ihm sprechen.

Jetzt aber, wo der Augenblick gekommen war, fand sie ihre Mühsal als zu groß, und schon der Gedanke, sein Gesicht plötzlich unten an der Treppe aufzulaufen zu sehen, machte sie zittern. „Ich darf schon zum Herbeigehen; konnte doch die Tür mit ihrem eigenwilligen Knarren jeden Augenblick aufgehen. . . . Nein, sie wollte nicht wagen; lieber in Scham zurückgehen und vor Kummer sterben, als so etwas tun. Schon hätte sie ein paar Schritte in ihr Zimmer hinein getan, um sich wieder an die Arbeit zu setzen, als sie plötzlich stehen blieb: morgen ging er so wieder gute Wege, und wenn sie Jann nicht sah, fanden sie wiederum lange Monate der Einsamkeit und des Wartens bevor, und sie mußte im Stillen nach seiner Rückkehr noch einen Sommer ihres Lebens verlieren.“

Unten marste die Tür — Jann ging also fort, mit seltem Entschluß ließ sie die Treppe hinab und trat lebend gerade vor ihn hin.

„Bitte, Herr Jann, ich möchte gern mit Ihnen reden“, sagte sie.  
„Mit mir, Präulchen Gaud?“ erwiderte er mit gesenkter Stimme, indem er den Hut zog. Mit zurückgewandtem Kopf schaute er sie aus den lebhaften Augen umherschauend, ja mit hartem Ausdruck an, und es sah aus, als überlegte er, ob er sich auch nur einen Augenblick aufhalten sollte. Doch lenkte er sich an die Wand, wie um in dem engen Hausflur, wo er sich gesungen hätte, nicht allzu weit entfernt von ihr zu sein.  
Gaud wußte auf einmal nichts mehr von atember, was sie sich ausgedacht, sie war nicht darauf gefaßt, daß er ihr so bescheidende Worte sagen würde, und das nahm ihre alle Gedanken.

„Nicht, Jann, unter Haus Furcht ein, Herr Jann?“ brachte sie endlich mit ihr selbst freudigem Ton vor, der ganz anders klang, als sie es gewöhnlich hätte.  
Jann sah an ihr vorbei ins Freie hinaus. Eine Plüschstühle hing ihm ins Gesicht und die Rosenblätter bedekten bei jedem Atemzuge, wie bei einem kampfslustigen Stier.  
Gaud verdrückte fortzuführen: „Wie wir bonelander sind, ich hab' genannt haben, als der Hochzeitsanzug zu Ende war, da sagten Sie zu mir „auf Wiedersehen“. . . . So sagt man nicht zu jemand, der einem gleichgültig ist. . . . Sie haben es aber vergessen, Herr Jann. Was habe ich Ihnen gesagt?“

Der höchste Westwind blies ins Haus hinein, er spielte mit Janns Haaren, bewegte die Daunensitze des vor ihm stehenden Mädchens und schlug eine Tür hinter ihnen heilig an. Es klang, als lächelte in diesem engen Gausgang, um von so ernten Gedanken zu reden!  
Gaud war die Kette so zusammen geschüttelt, daß sie kein Wort mehr herauszubringen vermochte, und der Kopf schwindelte ihr. Jann näherte sich langsam der Tür, wie um ihr zu antworten. Er trug heute den Sturz, der Himmel war ganz schwarz, und ein schwaches, unheilvolles Licht fiel auf die beiden Gestalten. Dem gegenüberliegenden Wand spähte eine neue, geringe Nachbarn herüber — was konnten sich die drei da draußen im Gausgang nur Besondere zu sagen haben? Was ging bei den Nabeln vor?  
„Nein, Präulchen Gaud“, antwortete Jann endlich. „Ich habe schon gehört, daß die Leute über uns reden. . . . Nein, Präulchen Gaud. . . . Sie sind reich — Sie und ich können nicht demselben Stand an — und ich bin nicht der Mann dazu, um die Ihnen zu kommen.“  
„Zomit ging er.“  
(Fortsetzung folgt.)

durch die erforderliche Schnelligkeit der Berichterstattung erreicht werden. In größeren Zeitabständen sollen umfassendere Berichterstattungen im ganzen Reich bei etwa 15 000 industriellen Betrieben erfolgen.

Bei der Beratung im Reichswirtschaftsrat war von Arbeitgebern die Form des statistischen Erhebungsorgans demängelt worden, da die zu geringe Zahl der erfassten Betriebe ein schiefes Bild der Verhältnisse im Reich ergeben würde. Die Beschlüsse der Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen betrafen die Beschlüsse der Reichsregierung wurde dazu bemerkt, daß in gemeinsamer Beratung mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer von beiden Seiten ein sehr einfaches Formular angenommen sei. Bei richtiger Ausdeutung könne auch bei Erfassung von etwa 500 Firmen ein gutes Lebensbild gewonnen werden.

### Gewerkschaftliches

**Die Verhandlungen im Ruhrgebiet sind abgebrochen**  
Der am 26. Mai zusammengekommene Ausschuss der deutschen Gewerkschaften hat nach einer kaum zweistündigen Sitzung die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Die Gewerkschaft sollte sich damit einverstanden erklären, daß die jetzt geforderten Löhne auch noch für Juni Geltung behalten. Diese Zustimmung wurde in verbindlicher Form zurückgewiesen. Damit waren die Verhandlungen zunächst gescheitert. Die Organisationsleiter sind darauf zurückgekehrt, um über die jetzt entstandene Lage und die nächsten Schritte zu beraten.

### Vom Bund der technischen Angestellten

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der am Mittwoch und Donnerstag abgehalten wurde, erlebte in der Hauptversammlung immer Angelegenheiten. Die Verhandlungen über die Berufungsfrage ergeben eine Erweiterung der Berufungsstellen des Bundesausschusses in gewissen Punkten. Die Zahl der Abgeordneten für den nächsten Bundestag, der in Dresden stattfinden soll, wurde auf 120 festgelegt.

Auf der Beitragsfrage wurde die schon geltende Bestimmung, daß der Beitrag im Voraus bis zu 1/2 Proz. des Einkommens betragen soll, beibehalten. Der seit mehreren Jahren bestehende Stufenbeitrag wurde abgeschafft und an seine Stelle ein Einheitsbeitrag gesetzt, neben dem aber für die unteren Gehaltsstufen noch ein Mindebeitrag zugelassen wurde. Der Bundestag erklärte sich damit einverstanden, daß mit Wirkung vom 1. Juli d. J. an der Einheitsbeitrag monatlich 60 M., der Mindebeitrag 35 M. betragen soll. Der Bundesvorstand besteht künftig aus 15 ehrenamtlichen und 10 berufsmäßig tätigen Mitgliedern, die alle in Berlin ihren Wohnsitz haben müssen, die berufsmäßig Vorstandsmitglieder haben nur beratende Stimme.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 27. Mai.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über die Verwendung von Parteigeldempfängern, der besagt, daß diese im Falle ihrer Wiederernennung in den öffentlichen Dienst die volle Höhe der Parteigelder erhalten. Sie sind verpflichtet, auf Anwendung des Ministers, des Beamten jedes Amt sowie jede mindestens einjährige Beschäftigung im Reichsdienst zu übernehmen, sofern ihnen diese Tätigkeit unter Berücksichtigung ihrer Fähigkeiten und Verhältnisse billigerweise zugewiesen werden kann. Der Ausschuss hat beschlossen, daß Parteigeldempfänger, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, dispensiert sein sollen, die Übernahme eines anderen Amtes oder einer vorübergehenden Beschäftigung unter Stellung des Amtes auf Verweisung in den Ruhestand abzuweisen. Länder und Gemeinden sind verpflichtet, einen Teil der Parteigeldempfänger zu übernehmen.

Abg. Schmidt (D.P.) lehnt namens seiner Fraktion den Gesetzesentwurf ab.  
Abg. Scholz (D.P.) anerkennt die Grundtendenz des Gesetzesentwurfes, lehnt es aber ab, daß auf die Parteigeldempfänger ein Zwang ausgeübt werden soll, ein Amt anzunehmen, ohne die Gewähr einer gleichen Stellung.

Abg. Stücken (Soz.)

erinnert an diejenigen Parteigeldempfänger, die neben dem Parteigeld noch Einnahmen aus anderen Quellen haben und sich

weihen, ein Amt anzunehmen, an den ebenfalls Minister Grafen Beckenbush, der ohne Bedenken ein Amt übernahm, das sein Sohn bekleidet hat. Im Besonderen ist es nicht von einem Recht auf Tätigkeit. Bei der Überlegung der Ministerpräsidenten die richterlichen Beamten mit vollem Gehalt auf Parteigeld gestellt. Zwei Oberzweigsgerichtsräte sollten beim Reichsentscheidungsamt gleichwertige Stellen übernehmen, forderten aber, daß sie höher gestellt werden und eine besondere Entschädigung bekommen. Da wir keine Militärpflicht mehr haben, kann ihnen eine gleichwertige Stellung nicht angeboten werden, und darum verlangen sie auf Grund der bestehenden Gesetze auf Lebenszeit ihr volles Gehalt vom Reich, ohne einen Fordertrag zu tun. Dabei verdienen sie vielleicht nebenbei noch große Summen und gehen jetzt darüber, daß das Reich in ihre sogenannten wohlverordneten Rechte eingreift. Der Republik zu dienen, halten sie unter ihrer Würde, aber ihr Geld nehmen sie sehr gern. Wer glaubt ein Recht auf Freiheit zu haben und ohne zu arbeiten das ganze Gehalt vom Reich einziehen zu können, der muß zur Arbeit gezwungen werden. (Beifall links.)

Mit der Forderung, daß die Gemeinden nicht verpflichtet werden, Parteigeldempfänger zu übernehmen, werden die einzelnen Parteigruppen gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien angenommen. Die sofort vorgenommene dritte Beratung hat dasselbe Ergebnis. Die namentliche Gesamtabstimmung wird verschoben.

Es folgt die zweite Beratung des Pensionsfürsorgegesetzes. Nach den Ausschussbeschlüssen soll die Pension von Angehörigen empfangen, die ein Feuerwehrtätigkeit innehaben, um die Hälfte des Betrages gekürzt werden, um den das im Einkommen die Summe von 60 000 M. übersteigt. Die Hälfte des Angehörigen ansehnlich des Feuerwehrtätigkeit muß jedoch den Angehörigen empfangen verbleiben.

Die Abg. Gollmitz (D.P.) und Wambusch (D.P.) lehnen das Gesetz ab. Der Parteiparlier beantragt, daß dem Angehörigen empfangen mit Arbeitslohn die Hälfte des Angehörigen ansehnlich des Feuerwehrtätigkeit verbleiben soll.

Die Abg. Dr. Hölle (Z.P.), Steinlauf (Soz.) und Goll (D.P.) treten unter Ablehnung des Antrages der Deutschen Volkspartei für den Gesetzesentwurf ein, der dann in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 109 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen wird.

Das Gesetz über Entschädigung der Schöffen und Geschworenen wird dem Reichsausschuß überwiesen. Eine Reihe bei der Staatsberatung zurückgehaltener Titel und Entschädigungen werden nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen. Die Entschädigung der Reichsbeamten gegen die Getreideumlage wird in namentlicher Abstimmung mit 100 gegen 138 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt. Die sozialdemokratische Entschädigung, welche die Zwangsbeschäftigung von Getreide, Kartoffeln und Zucker fordert, wird ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 191 gegen 137 Stimmen abgelehnt. Auch die Entschädigung des Haushaltsauschusses, die eine Getreideumlage in der bisherigen Form für unmöglich erklärt, aber die Sicherstellung einer genügenden Vorratsreserve unter Verbilligung des Brotpreises für Arbeiterbevölkerung verlangt, wird in namentlicher Abstimmung mit 246 gegen 79 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt. Angenommen dagegen werden die Entschädigungen des Ausschusses wegen Vermittlung von Privatlieferungsverträgen zwischen Erzeugern und Verbrauchern und Preisermäßigung für Kartoffeln, Konzentration der Karstoffindustrie, Ausdehnung der Wagengestellung und wegen Unterdrückung der Zuckerverluste ins Ausland und Erhebungen über die Verwendung der Zuckereinnahmen.

In der Abstimmung über die zum Postetat vorgelegenden Entschädigungen wird u. a. eine angenommen, die die Regierung ersucht, bei Entlassung der einkaufenden Hilfskräfte von der Kündigung der Stellenanwärter mit Zivildienstverpflichtung bereit abzugeben.

Die zu Anfang der Sitzung ausgesetzte Abstimmung über die Verwendung von Parteigeldempfängern wird nachgeholt und das Gesetz angenommen. Angenommen werden die Entschädigungen des Hauptauschusses über die Fahrpreiserhöhungen. Der Antrag, die Eisenbahnfahrkarten für die bei ihren Angehörigen außerhalb der Arbeitsstätte ihrer Schichten wohnenden Lehrlinge, soweit sie nicht schon durch sonstige Begünstigungen besser gestellt sind, im Preise den Schülermonatskarten gleichzusetzen, wird dem Verkehrsministerium zur Erwägung überwiesen.

Es folgt dann die dritte Beratung des Staatsgesetzes, wobei Abg. Köhnen (Stomm.) in längerer Rede die ablehnende Haltung

seiner Partei begründet. Der jetzige Staat sei ein Klassenstaat, dem kein König und kein Mann ähnlich werde, dem aber die Arbeiterklasse rücksichtslos kämpfe anjage.

In der Einzelberatung wird zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums eine Entschädigung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, die wissenschaftlichen Einrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Akademie unter einheitlicher Fortführung der Arbeiten zu erhalten, ihre Umgestaltung in ein Institut für ärztliche Arbeitsforschung sofort einzuleiten und diese Arbeit so zu beschleunigen, daß der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt endgültig dazu Stellung nehmen kann.

Dem Etat des Reichsfinanzministeriums stimmt das Haus einer Entschädigung zu, in Ermögung einzutreten darüber, ob eine Umstellung an die Finanzämter zu erfolgen ist, monatelange Güter, die auf Grund des Reichsbedienstetengesetzes abgabepflichtig sind und deren Steuerdeklaration in auffälliger Weise ihres Bezirgs als für Siedlungszwecke besonders geeignet, mitgeteilt werden soll.

In der Gesamtabstimmung wird der Reichshaushalt für 1922 gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Schluß 6 Uhr.

Berlin, 28. Mai. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages verhandelte am Sonntag in mehr als fünfstündiger Sitzung über die Konferenz von Genoa und den Abfallbertrag. Nach eingehender Berichterstattung durch den Reichsaußenminister Dr. Rathenau fertigten sich dazu die Abg. Breitscheid (D.P.), Wernicke (Soz.), Dr. Koch (D.P.), Watz (Z.P.), Pauls (D.P.), von Rheinbaben (D.P.) und Dr. Helfferich (D.P.). Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Da der gegenwärtige Ausschuss nunmehr seine Beratungen zum Abschluß gebracht hat, wird die Plenarsitzung des Reichstages am Montag um 1 Uhr beginnen.

Im Reichstag wird allgemein erzählt, daß es in der Senatssitzung des auswärtigen Ausschusses mehrfach zu erregten Szenen kam, an denen besonders wieder Helfferich beteiligt war. Als der Unabhängige Dr. Breitscheid Helfferich bei seinen Ausführungen durch Zwischenrufe unterbrach, glaubte der vergangene kaiserliche Minister, Breitscheid Dreizehn anbieten zu müssen.

Berlin, 27. Mai. Im Reichstagsausschuß für Sozialpolitik wurde heute von der Regierung die Erhöhung der Zulage der Unfallversicherung begründet. Nach dem Regierungsentwurf würden die Bezüge der 100 Prozent Erwerbsunfähigen 12 000 Mark, die Bezüge der rentenberechtigten Witwen 8000 M. betragen. Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wurde von der Regierung abgelehnt, da die Bezüge auf der Unfallversicherung die tatsächlich gebotenen Löhne übersteigen würden. Es wurde beschlossen, daß die Zulagen zu einer Verleihenrente gemindert werden, wenn die Rente 3 1/2 oder mehr Prozent der Volkseinkünfte beträgt, während sie bisher mindestens 50 Proz. der Volkseinkünfte betragen mußte. Es wurde weiterhin beschlossen, daß als Durchschnittslohn oberhalb eines männlichen landwirtschaftlichen Arbeiters 4500 M. gerechnet werden. Berechnete, deren Verleihenrente über 50 Prozent beträgt, werden unter Zugrundelegung des Lohnes eines landwirtschaftlichen Arbeiters von 15 000 M. eines weiblichen landwirtschaftlichen Arbeiters von 1000 M. im übrigen von 34 000 M. entrichtet.

erner wurde ein Gesetzesentwurf über die teilweise Umgestaltung der Angestelltenversicherung mit der Maßgabe angenommen, daß die Versicherungsgrenze von 30 000 auf 100 000 Mark erhöht wird unter entsprechender Änderung der Gehaltsklassen und Beiträge. erner wird grundsätzlich das Rentenverfahren eingeführt. Diese Bestimmungen tritt am 1. Januar 1923 in Kraft, während die übrigen zum 1. Juli 1922 Gültigkeit erlangen.

Berlin, 27. Mai. Der Reichstagsausschuß für die Kriegsbeschädigtenpflege beschäftigte sich am Samstag mit dem Gesetzesentwurf über die Feuerungsmaßnahmen für Militärenten. Ein Antrag, der fordert, daß mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab die Rente um 100 Proz. erhöht wird, wird nach Stimmenabgabe der Regierung zurückgezogen. Beschlossen wurde, einen Ausschuss einzusetzen, der gemeinsam mit der Regierung beraten soll, wie bis zur endgültigen Regelung die Rentenangelegenheit behandelt werden soll.

### Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Es sind schon sehr moderne, gutgeleitete Ställe, in denen systematisch Baumreihen und Viehgruppen als Sonnen- und Windschutz angelegt sind.

Statt Duld und Baum hat die fortschreitende Zivilisation der ehemals freien Pampa den Drahtzaun gebracht. Jenes Gesetz — ich weiß nicht mehr, aus welchem Jahre —, das die Eingrenzung jedes Besitzes forderte, wurde die Grundlage der heutigen argentinischen Viehwirtschaft. Es machte dem freien Umherstreifen der Herden und ihrer maßlosen Vermehrung ein Ende und ermöglichte damit erst eine systematische Aufzucht von Rindvieh.

So segensreich dieses Gesetz auch war, ist es der Unfall, daß das ganze Land mit Draht durchzogen wurde, und man kann sich vorstellen, wie viele Schwierigkeiten sich daraus ergaben. Es scheiden die drahtgeleiteten Provinzen durch Draht voneinander, die einzelnen Ställe sind voneinander getrennt, ihre Rinder sind Draht geteilt. Millionenwerte liegen in diesen Drahtzäunen, denn das Rind Drahtzaun stellt sich auf einen Preis, und nach Angabe der Polizeibehörde sind in dreißig Jahren etwa einhalb Millionen Tonnen Stacheldraht eingeführt worden.

Aber die Abgrenzungen durch Draht in sogenannte „Boteros“ ermöglichen erst eine rationelle Weidung und Rastung des Viehs und aus einer genauen Kenntnis des Standes der Herden. Eine Anzahl Boteros unterteilt dem Capataz, einem Vorarbeiter. Jeden Tag muß er die Umgrenzung abreiten, um zu sehen, ob die Drähte fest genug gespannt sind, und er kontrolliert, ob die Windräder laufen und in den Behältern genug Wasser ist, ob die Weiden ausreichen, oder ob man noch ein paar Strohballen mehr halten kann, und ob sich kein Unkraut ausbreitet, das frisch gefasste Herden an ihren Quälen eingeschleppt haben können.

Die Normalweideweise ist die Alfalfa. An Stelle der ursprünglichen harten Steppengrasses waren mit der Zeit weiche Grasarten getreten. Aber der gewaltige Aufschwung der argentinischen Viehwirtschaft rührte von der Einführung der Alfalfa genannten Kleeart her. Während auf dem rohen Kampf bestesfalls ein Strohballen auf zwei Strohballen gerechnet werden kann, zählt man bei Alfalfa zwei bis vier Strohballen auf einen Strohballen. Der ungeheure Vorteil der Alfalfa liegt darin, daß ihre Wurzel auf der Suche nach Wasser tief bis zehn Meter tief in den Boden hinabreicht und dabei wasserundurchlässige Tonstufen durchdringt, so daß dieser Klee auf einem Boden gedeiht, auf dem sonst nichts wächst. Nur wegen der Anpflanzung von Alfalfa verachtet, wie schon erwähnt, der Estanciero gewisse Teile seines Kamps an Kolonisten, die nach Ablauf ihres Pachtvertrages den Boden mit Alfalfa bestellt zurückliefern müssen. Im allgemeinen kann man dann für ein Alfalfafeld zehn bis zwanzig Jahre rechnen, bis der Boden neu umbrochen werden muß.

### Drahtzaun und Kultur

Von Dr. Colin Ross

Aus: Colin Ross, „Südamerica die aufsteigende Welt“. Geb. 140 M. (Prokhaus, Leipzig).

Kein anderes Land läßt sich auf so einfache, einfache Formeln bringen wie die Republik zwischen dem Pa Plata und den Anden: Argentinien ist kein Vieh und kein Korn.

Wiederum galt diese Formel nicht immer, wie sie auch für die Zukunft kaum Geltung behalten wird. Man denke, vor ein bis zwei Jahrhunderten gab es in dem Viehland Argentinien nichts, was der heutigen Viehwirtschaft gleichkam, und noch vor vierzig Jahren führte der heute größte Getreideexporteur der Welt für den eigenen Bedarf Weizen ein, und so wird auch der fortschreitende Übergang der argentinischen Landwirtschaft zum intensiven Landbau das zukünftige Bild ändern, ganz abgesehen von den industriellen Möglichkeiten, die die Ozeanellen von Comodoro Rivadavia, die Wasserfälle des Jussuifi und die noch unerforschten Mineralvorkommen der Anden bergen mögen.

Vieh und Korn! Seit etwa anderthalb Jahrhunderten sind das Getreide an, in den Ausfuhrstrassen in die Dardanellen zu kommen. Allein trotzdem ist Argentinien noch auf lange Zeit in fester Linie ein Viehland und kein ackerbaureichendes Land, da die gesamte Struktur der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse durchaus auf der Viehwirtschaft beruht und den Ackerbau, wenigstens was die großen Estancias anbelangt, gleichsam nur als einen landwirtschaftlichen Nebenbetrieb erscheinen läßt.

Die großen Estancias umfassen den weitaus besten und besten Teil des anbaufähigen Landes. Von dem Willen ihrer Besitzer, der Estanciero, hängt es ab, ob und zu welchen Bedingungen Land zu Kolonisationszwecken verfügbar wird und in welcher Weise sich die argentinische Landwirtschaft entwickelt. Ihre Grundzüge sind eine unbegrenzte und schier unendliche Weideweise, eine flache Land, die Deutschland, England, Frankreich und Italien an Ausdehnung übertrifft, und — die auf dem Boden und der Erde, die die Spanier im Jahre 1533 hierher brachten. Heute ziehen nicht mehr reiche Herden, von halbwilden Stieren, den Gaucho, getrieben, in wachen, von monatelanger Wanderung auf der Suche nach frischer Weide über die Pampa, die Steppe, das Vieh wird in kleinen Herden in Boteros gehalten und über jedes einzelne Stück genau Buch geführt.

Durch das Entgegenkommen des Verlags Prokhaus, Leipzig, sind wir in der Lage, aus dem hochinteressanten Werk „Südamerica die aufsteigende Welt“ von Dr. Colin Ross (geb. 1870) eine Leseprobe abzugeben. Es ist sehr zu begrüßen, daß ein weingereicher Mann wie der bekannte Verfasser in feinsinniger Darstellung Aufschluß gibt über ein wenig bekanntes Gebiet, auf dem deutsche Tatkraft noch reiche Werke schaffen kann.

Aber dem eingeborenen Volkselement, das von der Viehwirtschaft lebt, Herz und Nabel, haften noch immer die ritterliche Großzügigkeit des Romaden an, der ohne schwere körperliche Arbeit von dem natürlichen Lebenslauf seiner Herde lebt.

Ohne Rang und Klasse erneuert das jugendliche Land seine Güter. Auf ihm wächst und vermischt sich das Vieh, ungehört Sommer und Winter im freien. Selbst die Mühe des Melkens und der Futterbereitung ist den meisten der Viehherden zu groß. Sie erübrigt sich auch, da der Gewinn ohnehin überreichlich ist und der Viehherd sich damit begnügen kann, das schlagartige Vieh, einseitig als Cordero oder Kälber, an die Feigritze, die Schlacht- und Kühhäuser, zu verkaufen.

Dies ist das Bild der argentinischen Viehwirtschaft von heute. Es wird nicht das von morgen sein; denn schon sind die Anzeichen einer weitgehenden Intensivierung überall zu sehen. Von zwei Seiten geht sie aus: einmal von den Cabaneros, jenen Estancias, in denen hochwertige Rassen zu Zuchtzwecken gezogen werden und in denen man das Vieh in modernen Stallanlagen hält, und dann von jenen Estancias, in denen weislichere, energiegeladere oder auch nur ökonomischer denkende Unternehmer (meistens Ausländer) zur Viehwirtschaft, Butter- und Käsebereitung und zu sonstiger landwirtschaftlicher Industrie übergegangen sind.

Aber einwemal beruht noch die große Viehzahl der Estancias auf der reinen Zucht von Schafwolle. Und auf großen Estancias kann es einem geschehen, daß man weder Futter noch Wasser bekommt.

Die Witterung brennt auf das Land. Vor Hitze flüchten die Herden, und in eiligen Galopp auf müden Pferden streifen Capataz und Peone, die seit frühem Morgen unterwegs sind, der Estancia zu, der Schatteninsel im Sonnenmeer. Der dicke Haun von Eucalyptus und Parosio wirkt wie ein Schutzdach vor der sengenden Sonne, die die Temperatur bis auf 40 Grad hinaufreibt. In ihm verstreut liegen das Haus des Rabordomo und das Wirtschaftsgelände. Hier ruhen auch, mit Striden an den Eucalyptusbäumen angehängt, die wertvollen Zuchtstiere, wahre Musterexemplare potenziertener Männlichkeit, die nur nachts zu den Ställen, die sie bedien sollen, gelassen werden. Das Vieh draußen sieht müde und apathisch um die Wasserbehälter, in die die lappenden Windräder Zug und Nachfrisches Wasser pumpen, oder es drängt sich, sobald Platz ist, in dichten Haufen im Schatten der wenigen Bäume, die als Alleen die zur Estancia führenden Wege einfließen, oder die an der Stelle der ehemaligen Kolonien stehen, als einzigen Zeichen, daß hier einmal ein Pampa stand.

Einmal kannte dieses Land je nicht einen einzigen Baum. Als die Spanier hierherkamen, gab es nichts als eine einzige unermessliche Ebene, eine Meer von Steppe.

In all den Jahrhunderten, die seitdem verstrichen, sind keine Wälder gepflanzt worden. Nur um die Wohnhäuser der Estanciero setzten man einige Eucalyptus- und Parosioebäume, und

### Badische Politik

#### Der Ausschuss für Gesetze und Verordnungen

tagte am 19. Mai, um zahlreiche Eingaben zu erledigen. U. a. wurden auch Eingaben von Eisenbahnen, die an den letzten Diebstahlsfällen auf dem Mannheimer Güterbahnhof beteiligt waren, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Eine lebhafteste Debatte rief die Eingabe der Handwerkskammer Freiburg hervor, betr. den Uebergang der Betriebe für Industrie- und Gewerbebetriebe (S. m. b. H.) an die deutschen orthodoxen Betriebe. Die Eingabe beschränkt sich darüber, daß diese Betriebe, welche die Protokolle an Kriegsbefähigte anfertigen, gegenüber der Privatindustrie bevorzugt und das badische Handwerk nach dieser Richtung erschweren würde. Der Berichterstatter gab eine historische Entwicklung dieser Betriebe, die im Krieg entstanden sind und ihre guten Leistungen. Bei ihrer Liquidation seien sie an die deutschen Betriebe verkauft worden, ohne daß man den übrigen Geschäften dazu Gelegenheit gegeben habe, sich zu beteiligen. Die einseitige Bevorzugung und Unterstützung durch das Reich bedinge nachteilige Folgen für das Privatgewerbe, obwohl den Kriegsteilnehmern die Auswahl der Lieferanten freistünde. Gegenüber dieser großen kapitalistischen Gesellschaft müsse man das dem Mittelstand angehörige Handwerk stärken, zumal es sich gegenüber dem deutschen orthodoxen Betrieb als konkurrenzfähig und leistungsfähig erweise. Der Berichterstatter kommt zu dem Antrag, daß die Eingabe in dem Sinne empfehlend zu überweisen ist, als die Privatbetriebe mit den deutschen Betrieben tatsächlich gleichgestellt werden sollen und ein allmählicher planmäßiger Abbau der deutschen Werke erfolgt. Die Meinungen der Regierung sowie des Reichsarbeitsministeriums gehen dahin, daß bei dem Verkauf der Betriebe die Liquidation derselben nur ein Vorgang von den deutschen Betrieben, nicht aber von den Kriegsbefähigten vorzuziehen sei. Bei Verteilung von Aufträgen werde auch die Privatindustrie berücksichtigt, wie es auch den Kriegsbefähigten frei stehe, wo sie ihren Bedarf decken wollen. Die deutschen orthodoxen Betriebe fertigen unter Anleitung der Werke die Protokolle zweckmäßiger an und seien zur Sicherstellung der Bedürfnisfrage und der Beschäftigung von Kriegsteilnehmern notwendig.

Ein sozialdemokratischer Redner unterzieht die Ausführungen der Regierung, namentlich in der Hinsicht, daß eine zweckmäßigere Anfertigung von Protokollen gewährleistet sei und durch Abgabe gerade Kriegsbefähigte arbeitslos werden, die anderweitig schwer unterzubringen seien. Er stellt den Gegenantrag: Uebergang zur Tagesordnung. Einige Zentrumredner, sowie ein Demokrat traten der Ansicht des Berichterstatters bei, dessen Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einer Enthaltung angenommen wurde. Nachträglich erklärte noch der Regierungsvorsteher, daß die D.O.W. im letzten Geschäftsjahre einen Ueberschuß von 600 000 M abgeworfen haben, die für ein Erholungsheim zugunsten der Kriegsbefähigten verwendet wurden. An den D.O.W. ist der Reichsfinanzminister beteiligt.

Ein Gesuch von Viehhändlern im Amtsbezirk Waldbrunn wegen Erhebung des durch Maul- und Klauenseuche eingetragenen Schabens wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Das Gesuch der Gemeinde Stettfeld um Errichtung einer Haltestelle wurde mit Rücksicht auf den gesteigerten Arbeiterverkehr der Regierung empfehlend überwiesen, nachdem auch ein sozialdemokratischer Redner dafür eingetreten ist. — Längere Debatte rief wieder die Eingabe des Landesverbandes der Saal- und Kongertalolnhaber, die Aufhebung des Erlasses des Ministeriums des Innern vom 28. Juli 1878, die Abhaltung von Langbesuchungen, hervor. Die Beteiligten wollen Aufhebung von Langbesuchen an gewissen Sonn- und Feiertagen. Der Vorsitzende erklärt, man habe ihn zu Unrecht unterworfen, daß er die Behandlung des Gesuchs im Ausschuss versögert habe. Die Versögerung liegt an der Rückführung der Regierung, die durch Verhandlungen hinausgeschoben wurde. Der Berichterstatter beantragte Uebergang zur Tagesordnung, welcher Antrag gegen die Sozialdemokraten angenommen wurde, nachdem letztere auf die wirtschaftliche Lage der Saalbesitzer hingewiesen haben und eine gütliche Beendigung des Gesuchs empfohlen. — Von Interesse war noch die Eingabe bezug. Denkschrift des Verbandes deutscher Architekten und Ingenieure wegen Entfernung aller Hochhäuser, wobei die bautechnischen und geschäftlichen Vorteile erhalten bleiben sollen. — Der sozialdemokratische Berichterstatter erklärte hierzu, daß die Denkschrift den amtlichen Stellen das künstlerische Verständnis abrade und bei Entfernungen künstlerische Sachverständige entscheiden müssen. Dabei betonte der Redner, daß auch unter den Künstlern verschiedene Meinungen über den Kunstwert der einzelnen Gegenstände vorhanden seien. In übrigen sei die Denkschrift dadurch erledigt, weil die Regierung durch einen Erlass vom Jahre 1919 den Wünschen Rechnung trage. Nach längerer Debatte trat der Ausschuss mit großer Mehrheit dieser Ansicht bei. Der Ausschuss hat im übrigen nicht weniger wie 31 Gesetze erledigt.

#### Allerhand Zentrumschattierungen

Der auch dem Mitarbeiterstab des „Bad. Beobachters“ angehörende Professor Dr. Hans Pfeiffer-Messkirch schrieb in der österreichischen katholischen Wochenschrift „Das neue Reich“ einen größeren Aufsatz, worin er u. a. äußert: In weitesten Volksteilen erkennt man immer noch nicht zu Geringem, daß hier zwei Welten ringen: Hier Judentum mit Demokratie und Sozialdemokratie als Vorposten, dort das Christentum mit seinen Forderungen für das Wirtschaftsleben.

#### Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

**Freund A. Technit.** Ihre Grundlagen zum Verständnis für die vom Standpunkt technisch-wirtschaftlichen Denkens dargelegte. 108 Seiten mit 139 erläuternden Abbildungen, steif broschiert. 30 M. Verlag DeGENER, Leipzig.

Dam erstmalig ist der Versuch unternommen worden und mit außerordentlichem Erfolge, der Allgemeinheit ein tieferes Verständnis der Technik zu vermitteln und zwar dadurch, daß der Verfasser von den wirtschaftlichen Forderungen ausgeht, die durch technische Mittel erfüllt werden müssen. Ohne besondere Vorkenntnisse, insbesondere ohne mathematische Kenntnisse, ist es jedem denkenden Laien möglich, sich anhand dieses Buches in die Probleme der Technik hineinzufinden und, nachdem er dessen Inhalt in sich aufgenommen hat, technischen Erzeugnissen und Neuerungen mit Verständnis zu folgen.

**Ludwig Geler: Fern- Lieber zur Laute.** Der Verfasser ist bei verschiedenen Veranstaltungen unjünger Arbeiterjugend und der Partei als Sängers zur Laute immer ein willkommener Gast gewesen. Er will mit diesem Heft vor allem gegen die feine Lautenmusik ankämpfen und zeigen, daß man mit einfachen Mitteln Manches erreichen kann, ohne dazwischen oder dilettantisch zu werden, wie es leider gar zu oft auf dem Gebiet der Lautenmusik vorkommt. Ganz einfach sind Geler's Dichter wie Hermann Rohms, G. Him und Söllt benötigten, und sind auch in der Begleitung für Laute ohne harmonische Klänge. Wir fassen unsere Eindrücke über die zehn neuen Lieder zur Laute von L. Geler zusammen: Die Schöpfungen treten in unerschöpflicher Fülle, bedauern jedoch immer eine musikalisch vornehme Haltung. Der Volkston ist ausgezeichnet

Diese angelegentlich der gegenwärtigen Haltung des Zentrums merkwürdigen Ausführungen der reaktionär antisemitischen Zentrumsleute aus Messkirch veranlassen das deutliche nationale „Süddeutsche Volksblatt“ zu einer Beleuchtung der hiermit in Widerspruch stehenden Zentrumspolitik. Scharf und knapp pariert jedoch der „Bad. Beobachter“ diesen Schlag — am Kern geht er aber vorbei. Dem hätte Prof. Dr. Hans Pfeiffer recht, dann wäre allerdings die heutige Zentrumspolitik verfehlt. Tatsächlich befindet sich jedoch der Messkircher Zünger in Irrtum und die Zentrumspolitik handelt mit ihrer Politik in richtiger Erkenntnis. Es wäre deshalb eigentlich am Platze gewesen, daß das führende Zentrumsorgan Badens nicht nur das deutliche nationale Blatt zurückweist, sondern auch Herrn Prof. Dr. Hans Pfeiffer etwas aufnahmefähiger für wahrheitsgemäße Tatsachen macht. Da jedoch der „Badische Beobachter“ weiß, daß es allerhand Zentrumschattierungen gibt, unterläßt er dies aus diplomatischen Gründen.

#### Der Landbund als Vorkampfbund der Junker

Die Großgrundbesitzer haben es immer verstanden, den landwirtschaftlichen Kleinbesitz ihren Zwecken dienlich zu machen. Früher leistete der Bund der Landwirte diese Arbeit, jetzt muß der Land- und die Bauernvereine diese Arbeit tun. Doch erhebt sich dagegen, wie die „Frankfurter Zeitung“ an Hand eines Vorkommnisses zu melden weiß, bereits in landwirtschaftlichen Kreisen selbst Widerspruch. Die Dinge werden in interessanter Weise beleuchtet durch ein in Mecklenburg zirkulierendes Rundschreiben des Herausgebers der „Mecklenburgischen Volkszeitung“, das von der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ wiedergegeben wird. Dieses Rundschreiben wendet sich gegen den Mißbrauch des Landbundes für Zwecke des Adels unter Bezugnahme auf eine Adelsversammlung in Schwerin, nennt die Wahl des mecklenburgischen Landbundesvorsitzenden v. Brandenstein eine Adelsmacherei und macht dann Mitteilung von einer im vorigen Jahre ergangenen Anweisung der Hauptgeschäftsstelle der Adelsgenossenschaft in Berlin an Hauptmann v. Pfeiffer, den damaligen Geschäftsführer der „Ordnung“ und der mecklenburgischen Adelsgenossenschaft, worin dieser gebeten wurde, darauf zu achten, daß der frühere Organisationsleiter Admiral v. Nothmann nicht zu sehr mit Vorkampfbund verkehre, damit, wenn die Ordnung wiederhergestellt sei, der Adel nicht zu sehr kompromittiert sei.

Die Adelsgenossen haben also nichts von ihren Präzedenzfällen aufgegeben. Die Landbündebewegung ist ihnen nur Mittel für ihre besonderen Zwecke, was sich die Landwirte merken sollten.

Der Ehrenpräsident des badischen Bauernvereins, Josef Morgenstern ist Samstag früh im 78. Lebensjahr verstorben. Er war langjähriges Mitglied des badischen Landtages und gehörte seit 1887 dem Hauptvorstand des badischen Bauernvereins an.

Badische Bauernvereinskassen. In der diesjährigen 23. ordentlichen Generalversammlung, welche in Freiburg am 17. Mai stattfand, wurde die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für Ende Dezember 1921 genehmigt und die Verteilung von 5 Proz. (wie in früheren Jahren) Dividende aus dem Reingehalt von 235 730 M beschlossen. Die notwendigen Abschreibungen sind erfolgt, 112 000 M wurden dem Reservefonds überwiesen. Bei einer Bilanzsumme von 89 Millionen und nahezu 2,9 Millionen Jahresumsatz kann die Bilanz auf ein befriedigendes Geschäftsergebnis zurückgeführt werden. Der Geschäftsanteil wurde von 500 M auf 1000 M, die Kassensumme von 2000 M auf 5000 M erhöht. Das Eigenkapital der Kasse beträgt nunmehr inklusive Reserven 6 Millionen Mark, die Kassensumme 26 Millionen Mark.

Unzulässige Firmenbezeichnungen. Der Badische Industrie- und Handelsrat hat darauf hingewiesen, daß in heutigem Maße sich die Unklarheit ausbreitet, die Firmenbezeichnung auf Firmenmitgliedern, in Inseraten, Geschäftsangelegenheiten und dergl. in marktverfälschender Weise zu misbrauchen. Kleine Betriebe legen sich hochdeutliche Firmennamen bei, welche zu Verwirrungen über Art und Umfang des Unternehmens Anlaß geben. Dieses Gebahren ist geeignet, nicht nur das Ansehen des gebildeten Handels und Gewerbes zu schädigen, sondern auch den Kreditwürdigkeit zu fördern und auf diese Weise materielle Benachteiligung herbeizuführen. Das Justizministerium hat die Registergerichte, die Amtsgerichte, sowie die Notariate angewiesen, im Benehmen mit den Handelskammern auf die Befolgung dieser Anträge hinzuwirken, das gleiche ist seitens des Ministeriums des Innern bei den Verwaltungsbehörden erfolgt.

Deutscher Weinbaukongress in Freiburg. Die Tagung des Deutschen Weinbauverbandes, die für den 7. bis 9. September ds. J. in Aussicht genommen war, ist auf den 5. bis 7. September verschoben worden. Gleichzeitig mit dem Kongress, der in Freiburg abgehalten wird, wird vom 2. bis 10. September eine Ausstellung weinbaulicher Kultur veranstaltet werden.

darin getroffen, aus welchem Grunde die Nieder von selbst den Weg in langgestreckte Kreise finden werden. Die Sammlung ist im Musikverlag Fritz Müller, Karlsruhe, in hübscher handlicher Ausstattung erschienen, und darf allen Freunden des Lautenspiels warm empfohlen werden.

Reorganisation der Sozialversicherung. Vortrag gehalten auf der 1. Tagung des Afa-Bundes in Düsseldorf. Preis 6 M, für Mitglieder der Afa-B. und Afa-Organisationen 3 M. Das Endziel des Reformansatzes Programms bedeutet Ablösung des reinen Versicherungsgebaltens durch den Gedanken einer allgemeinen Volkssicherung. Die Schrift enthält insbesondere auch eine scharfe, aber sachliche Kritik an der Sonderversicherung für Angestellte, behandelt das Umlageverfahren, die Selbstverwaltung und die sonstigen großen Streitfragen auf diesem Gebiet. Die sozialpolitisch, gesellschaftlich und politisch tätigen Kollegen und Kolleginnen sollten sich diese kleine und wertvolle Schrift verschaffen.

Protokoll vom 1. Gewerkschaftskongress des Afa-Bundes in Düsseldorf am 2. und 3. Oktober 1921 — 135 Seiten — Preis 24 M, für Mitglieder der Afa-B. und Afa-Organisationen 15 M. Das Protokoll des Afa-Kongresses ist allen Funktionären der modernen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbewegung als wichtige Informationsquelle zur Anschaffung zu empfehlen.

Betriebsräte im Aufsichtsrat (S. 12) der Betriebsräte (S. 13) von Clemens Köpcke, Sekretär der Betriebsrätezentrale, bringt in seiner Vorrede, die als S. 12 in der Reihe der Betriebsrätezeitungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. O. 16, erscheint, neben dem Text des Gesetzes und der Wahlordnung umfangreiche Erläuterungen und Anmerkungen. Dieses Büchlein ist ein guter Wegweiser durch das Gesetz und für die Wahlen.

### Kleine badische Chronik

\* Pforzheim, 27. Mai. Selbstmord. Im Stadthof Sedan hat sich heute früh ein Ingenieur aus unbekannter Ursache durch einen Schuß das Leben genommen.

\* Mannheim, 26. Mai. Die Belohnung für die Ermittlung des Täters bei dem Mord an dem Kaufmann Kronsfeld ist auf 20 000 M erhöht worden.

\* Mannheim, 26. Mai. Ein 23jähriger Beamter fuhr in der vergangenen Nacht mit seinem Motorrad, auf dem noch eine Dame saß, gegen eine auf der Landstraße stehende unbesetzte Dampfwalze, so daß er schwere Verletzungen davontrug. Ein Bein mußte ihm abgenommen werden. Seine Begleiterin wurde leicht verletzt.

\* Heidelberg, 27. Mai. Verunglückt. Ein Motorradfahrer verunglückte auf der Durchfahrt nach Heidelberg auf der Landstraße in der Nähe von Großschafen dadurch, daß ihm der Radmantel abbrach und das Rad sich überschlug. Der Fahrer, ein noch junger Mann, erlitt einen sehr schweren Schädelbruch, der seine Ueberführung in das Heidelberger Krankenhaus nötig machte.

\* L. Amberg (N. Freiburg), 28. Mai. In das hiesige Schloß, dem früheren Besitzum des ruminischen Königs, wurde in einer der letzten Nächte ein Einbruch verübt und dabei ein wertvolles Gemälde gestohlen.

\* St. Georgen b. Freiburg, 27. Mai. Der Land- und Bauernbund in einer hier abgehaltenen Versammlung den Mißpreis von 5 M auf acht M pro Liter zu erhöhen. Dieser neue Preis sollte für St. Georgen schon am nächsten Tage Geltung haben. Durch die Vermittlung des Bezirksamtes Freiburg ist es aber einstweilen bei dem Mißpreis von fünf Mark geblieben.

\* Mühlhausen, Amt Donnors, 27. Mai. Gewitterschaden. Bei einem hier niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in das oberhalb der Schule gelegene Wohnhaus des Landwirts Kistler. Innerhalb kurzer Zeit war das Gebäude eingestürzt.

\* Philippsburg, 27. Mai. Die Schiffbrücke bei Gernersheim ist für den Fußgängerverkehr auf drei Wochen gesperrt.

\* Adelsfeld, 20. Mai. Die „Freie Stimme“ in Göttingen bei Adelsfeld, wo in einer Sandgrube schon vor einigen Jahren, besonders aber jetzt wieder alamantische Gräber gefunden worden sind. Es handelt sich bis jetzt um 10 Gräber. Von den Gräbern selbst ist nur wenig erhalten; dafür finden sich umher reichliche die den Toten damals mitgegebenen Beigaben. Bei den Frauenleichen findet man Küchengeräte, Schüsseln, Porzellan, aus gebrannten Tonperlen bestehend, bei den Männerleichen einseitige kräftige Hiebmeister aus Eisen, Schwertschäfte, insbesondere Gürtelschnallen mit großen Beschlagplatten, welche zum Schmuck auf das Leder aufgesetzt wurden, ein schweres zweischneidiges Schwert. Auch eine kleine Klinge wurde gefunden. Die Funde stammen aus der letzten heidnischen Zeit, 8. und 7. Jahrhundert n. Chr. Sie bestanden aus dem Alter der Gemeinde Göttingen, die schon im Jahre 880 als „Villa Göttingen“ genannt wird. Damit das verständnisvolle Entgegenkommen des Besitzers sind die Funde dem Rosgartenmuseum in Konstanz überliefert worden.

\* Hebrungen, 28. Mai. Unfall. Am Donnerstag wurde Frau Weigand von hier von einem Auto angefahren und so schwer verletzt, daß sie obdunkel starb. Das Auto fuhr unerkannt und unbekannt ab.

\* Konstanz, 20. Mai. Schiebergeschäfte. Die Schiebergeschäfte schwinden, zeigt folgender von dem Schiffeverwalter Konstanz gegen den Kaufmann Emil Wulff von Berlin verhandelter Fall. Von der Holzverkaufung wurden für 170 000 M, etwa 6—8000 M Holzformaldehyd gekauft mit der Angabe, daß das Holz nur in Deutschland verhandelt und auch in Deutschland verwendet werden sollte, da sonst die Holzverkaufung daselbst gar nicht verkauft hätte. Bevor jedoch die Holzverkaufung aus Konstanz hinaus, war sie schon durch fünf verschiedene Hände verhandelt. Der Wagen sollte schon nach Schifferhausen abrollen, als man der Sache auf die Spur kam. Wie immer konnte nur einer gefast werden: Diesmal der Kaufmann Wulff, der 50 000 M Geldstrafe erzielte.

\* Wenden a. See, 27. Mai. Brand. Gestern morgen ist das Wohnhaus des Meisters Josef Dangarter samt Scheuer und Stallung niedergebrannt. Es konnte außer dem Vieh nur wenig gerettet werden.

#### Die Notlage der Beamten

Von einem „Nichtbeamten“ wird uns geschrieben: Seit Wochen liest man in den Tageszeitungen von Gehalts-erhöhungen und Zuschüssen, die der Beamtenstand anlässlich der steigenden Verteuerung der Lebenshaltung gefordert und gewiesen werden sollen. Es entsand so in dem breiten Publikum die Meinung, daß für die Beamtenlage besser denn für eine andere Körperschaft gekämpft sei, und jedes Klagen und Jammer der Beamten zum mindesten als eine Angreifbarkeit angesehen werden, daß die Politik gerade bei der Beamtenlage den Schwerpunkt erreicht hat, und daß sie trübsam von der Beamtenlage der Beamten mit beispiellos heftigem Widerstand ertragen wird, die Beamten der Tagesblätter ist es Tatsache, daß bis zum heutigen Tage der mittlere und untere Beamte (also Gehaltsklasse 1—8) noch nicht im Besitze des finanziellen Beamtenbeschlages oder eines Vorzuges ist. Ja, einzelnen Beamtengruppen (z. B. Lehrer) sind noch nicht einmal die Gehaltssteigerungen (z. B. Lehrer) ausbezahlt! Familien junger, nicht etatmäßig angestellter Beamten bezogen am 1. Mai noch die alten Gehaltsätze in der Höhe von 2000—2500 M. Was dieser Betrag für eine Familie von 3—4 Köpfen bedeutet, braucht niemanden näher erläutert zu werden. Schnäpssüßigkeiten, die unter der andauernden Verteuerung schwerer werden, die auf die Auszahlung ihrer Bezüge, aber wenigstens der Vorschläge. Nachdem nun gerade in den letzten Tagen wieder eine enorme Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel zu verzeichnen ist und die gesamte Lebenshaltung dadurch in Mitleidenschaft zieht, wird die Notlage gerade solcher Beamten in namenloses Elend verdammt.

Die meisten Beamten streichen die notwendigen Lebensmittel, ja sogar ganze Mahlzeiten von ihrem Lebenshaushalt hungern durchschnittlich, um nicht in drückende Schuldenfallen zu kommen. Tag für Tag hofft der Beamte auf den Lebenshaushalt zettel seines Bankkontos, der ihm das Ende dieses drückenden Kampfes mit der Nahrungsfrage bringen soll, aber Tag für Tag wartet er vergebens. Ein tiefer, bitterer Schmerz muß es für diese stillen Kämpfer sein, wenn im Laufe nicht wissen, ob fällige Stellen verlangt wird, während sie zu Hause nicht wissen, ob sie am morgigen Tag Brot oder Mißgünst für ihre Familien freizugehen sollen. Nehi sollen den mittleren Beamtengruppen Beträge von 2700 M für die Verheirateten und 1600 M für die ledigen Beamten ausbezahlt werden. 10 Proz. Steuer zieht man ihnen gemohnheitsmäßig ab, dann bleiben noch 1248 und 1440 M. Und das soll dann wieder auf Wochen hinaus ausreichen, wie —; ist ganz Sach; des einzelnen Beamten.

Es ist nicht meine Aufgabe noch Ansicht, Mittel und Wege zu erörtern, auf welche Weise Abhilfe geschaffen werden kann, aber das Herz eines jeden Menschen muß sich empören, wenn er Einblick nimmt in die entsetzlichen Zustände unseres Beamtenfamilienlebens. Ein Staat, der in so hohem Maße eine ideale Pflichterfüllung von seinen Beamten verlangt, hat seinerseits die Pflicht, jenen nicht im Elend untergehen zu lassen.



Sommer-Modelle u. -Neuheiten  
in  
**Damen-Hüten**

Auch nicht bei uns gekaufte  
Hüte werden nach den neuesten  
Modellen umgearbeitet, alle  
Zutaten gerne verwendet.

**Geschw. Gutmann**  
Ecke Kaiser- und Waldstrasse  
• Beachten Sie unsere 14 Schaufenster •

**STADTGARTEN**

Dienstag, 30. Mai 1922, abends von 8-11 Uhr:  
**Familien-Konzert**

Orchester:  
Hanns Mollath

Eintritt: 2,- (Inhaber von Jahreskarten), 4,- (Sons- und  
Töchter) einschließlich Lustbarkeitssteuer, Kinder je die Hälfte.  
Vorverkauf: Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel Ger-  
mania und Stadtgartenschauspielhaus. 1009

Bei schlechtem Wetter fällt das Konzert aus.

**Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.**  
Mittwoch, den 31. ds. Mts., abends 8 Uhr,  
im „Gefanten“, Kaiserstraße 42

**Haupt-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Handel und Handelspolitik. Referent: Genosse  
Dr. Fullmann, Landtagsabg. und Stadtrat.  
2. Die Beitragsregelung. Referent: Genosse  
D. Trinius, Parteisekretär.  
3. Wahl der Delegierten zur Wahlkreis-Konferenz.  
Hierzu sind die Genossinnen und Genossen freun-  
dlich eingeladen.

**Dr. Julius Karl**  
Deutscher Gewerkschaftsbund.

Hiermit ergeht Einladung zu einer am Donners-  
tag, 1. Juni, abends 7 Uhr, im Saale des „Hofen-  
Kreuzes“, Stefaniestr. 74, S. II., stattfindenden  
**Vertreter-Versammlung**

mit folgender Tagesordnung: 1. Mittelungen; 2. Bericht über die Metallarbeiter-Ausbreitung;  
3. Rollenbericht und Beitragsrechnung; 4. Renovation  
eines Parteimitglieds. 3904

**Versteigerung**  
von alten Grabsteinen.

Donnerstag, den 1. Juni  
nachm. 5 Uhr, werden auf  
dem Hofe des Haupt-  
friedhofes etwa 75 alte  
Grabsteine einzeln, öffent-  
lich meistbietend gegen  
Barzahlung versteigert.  
Stadt, Gartenamt.

**Städt. Freibank.**

Geldausgabe.  
Dienstag, den 9 bis 10 Uhr  
9-12-1900.  
Mittwoch, den 9 bis 10 Uhr  
9-12-1900.  
Donnerstag, den 9-10 Uhr  
9-12-1900.

**Städt. Freibank.**

Geldausgabe.  
Dienstag, den 9 bis 10 Uhr  
9-12-1900.  
Mittwoch, den 9 bis 10 Uhr  
9-12-1900.  
Donnerstag, den 9-10 Uhr  
9-12-1900.

**Partie-Haus**

Eleg. Damen-Sittele . . . Mk. 140 b. 285  
Eleg. Halb- u. Spangenschuhe 148 b. 220  
Herren-Sittele . . . . . Mk. 250 b. 330  
Kindersittele . . . . . von Mk. 29 an

Anzüge, Hosen, Joppen  
zu sehr billigen Preisen

Feiertage halber am Freitag, 2. u.  
Samstag, 3. Juni, geschlossen.  
L. Brand.

**Partie-Haus**

Eleg. Damen-Sittele . . . Mk. 140 b. 285  
Eleg. Halb- u. Spangenschuhe 148 b. 220  
Herren-Sittele . . . . . Mk. 250 b. 330  
Kindersittele . . . . . von Mk. 29 an

Anzüge, Hosen, Joppen  
zu sehr billigen Preisen

Feiertage halber am Freitag, 2. u.  
Samstag, 3. Juni, geschlossen.  
L. Brand.

**Gesichts-  
ausschlag**

Die Gesichtsausschläge sind  
schmerzhaft und sehr  
schwer zu heilen. Ein  
Medizinal-Selbst-Heilmittel  
entfernt alle Ausschläge  
sicher und ohne Schaden  
für die Gesundheit. In allen  
Apotheken, Drogerien, Bar-  
kiosken u. Feilwarengeschäften.

**Lern Russisch!**

Im Osten liegt  
die Zukunft!

Halbjahrs-Kurs  
abends 6 bis 8 Uhr von  
Freitag, 2. Juni, ab  
Hotel Kohlen-  
gassen, 1. Stockwerk,  
entgegengekommen.

**Zünftige  
Zimmerleute  
oder Einschaler**

für Betonbau zum so-  
fortigen Eintritt gesucht!

**Ernst Schwarz**  
Beton- u. Eisenbetonbau  
Lager 1. B. 1144

**Leeres Zimmer**  
von älterem Arbeiter auf  
sofort oder 15. Juni  
erfüllt. Offerten an  
das Volksfreundbüro un-  
ter Nr. 3906 erbeten.

**Feinste Macaroni  
la Gemise-Mudeln  
la Suppen-Mudeln  
Eier-Teigwaren**  
in bester Qualität,  
**Feinstes Milchbrot**  
Neue  
**Stäbchen-Zwiebel**  
empfehlen  
**Lebensbedürfnis-  
Verein**

**Körperschaftsteuer.**  
Anforderung zur Anmeldung steuerlich  
wichtiger Vorgänge

Die Körperschaftsteuerpflichtigen Personen-  
vereinigungen und Zweigvereine, die im Be-  
zirk des Finanzamts Karlsruhe-Stadt und im Be-  
zirk des Finanzamts Karlsruhe-Land den  
Ort der Leistung oder, wenn der Ort der Leistung  
im Ausland liegt, ihren Sitz, einen nach § 71  
der Körperschaftsteuerverordnung bestellten Vertreter  
oder den größten Teil ihres inländischen Ver-  
mögens haben, werden darauf hingewiesen, daß  
sie verpflichtet sind, folgende für die Steuer-  
pflicht wichtigen Vorläufe jeweils binnen drei  
Monaten nach ihrem Eintritt dem unterzeich-  
neten zuständigen Finanzamt anzuzeigen:

1. ihre Gründung sowie den Eintritt von  
Zuständen, die ihre Steuerpflicht oder ein-  
veränderte Steuerpflicht zur Folge haben,
2. den Eintritt der Rechtsform, den Über-  
gang aus einer Rechtsform oder Gesell-  
schaftsform in eine andere sowie die Ver-  
änderung (Auflösung) mit einer anderen Ge-  
sellschaft,
3. die Verlegung des Ortes der Leistung oder  
des Sitzes in das Inland sowie in das  
Ausland,
4. die Verlegung der Leistung über die Auflösung  
oder den Eintritt der Auflösung aus an-  
deren Gründen,
5. die Verlegung der Vermögensgegen-  
stände (Liquidation) und die Auflösung im  
Handels-, Vereins- oder Gesell-  
schaftsregister.

Die Pflicht zur Anzeige trifft die gesetzlichen  
Vertreter, Vorstände, Geschäftsführer oder, wo  
solche bei Personenvereinigungen nicht vorhan-  
den sind, die Mitglieder oder Beteiligten (§§ 94,  
88 der Körperschaftsteuerverordnung).

Die Unterlassung der Anzeige ist nach § 27  
des Körperschaftsteuergesetzes vom 30. März  
1920 und § 277 der Körperschaftsteuerverordnung  
mit einer Ordnungsgeldstrafe von 5 bis 500 M be-  
straft. Sie kann eine Haftung für den Steueranspruch  
zur Folge haben (§ 90 der Körperschaftsteuerver-  
ordnung).

Körperschaftsteuerpflichtig sind:

1. die Erwerbsgesellschaften (Aktien- und  
Kommanditgesellschaften auf Aktien,  
Kolonialgesellschaften, bergbau- und  
rechtlich vereinigten und nichtrechts-  
fähige Bergwerksgesellschaften, Gesellschaften mit  
beschränkter Haftung, sonstige Personenver-  
einigungen mit wirtschaftlichem Geschäfts-  
betriebe, deren Zweck die Erzielung wirt-  
schaftlicher Vorteile für sich oder ihre Mit-  
glieder ist),
2. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaf-  
ten, Versicherungsvereine auf Gegenseitig-  
keit und die politischen Parteien und Ver-  
eine mit eigenem Gewerbebetriebe,
3. sonstige juristische Personen des bürger-  
lichen Rechts, insbesondere eingetragene  
Vereine, rechtsfähige Anstalten und Stif-  
tungen,
4. juristische Personen des öffentlichen Rechts,  
insbesondere kirchliche Körperschaften, An-  
stalten und Stiftungen,
5. nichtrechtsfähige Personenvereinigungen und  
Zweigvereine mit Ausnahme der offenen  
Handelsgesellschaften, der Kommanditge-  
sellschaften und der sonstigen Erwerbsge-  
sellschaften, bei denen die Geschäftsführer  
als Unternehmer (Mitunternehmer) des  
Betriebs anzusehen sind.

Die Steuerpflichtigen werden ferner darauf  
hingewiesen, daß sie innerhalb eines Monats ihres  
Geschäftsjahres (Wirtschaftsjahrs) eine Steuer-  
erklärung abzugeben haben. Wenn ihnen eine  
besondere Aufforderung hierzu nicht zugeht, ist  
die Steuererklärung binnen der Frist von drei  
Monaten nach Ablauf des Tages abzugeben, an  
dem das Jahresergebnis (der Jahresabschluß)  
von den zuständigen Organen festgestellt wor-  
den ist.

Die Erwerbsgesellschaften (Abs. 1 Nr. 1.)  
haben ohne besondere Aufforderung binnen  
einem Monat nach Feststellung der Bilanz oder  
des sonstigen Abschlußes durch die zuständigen  
Organe

**Kleinerkaufpreise für Gemüse**

Im Beheimen mit der Markt-Veranstaltung  
Karlsruhe wurden in der Zeit vom 30. Mai an  
folgende Kleinpreise festgelegt:

Kohlfahrt (Freiland)	Stück	400,-
„	Stück	800,-
„	Stück	100,-
„	Stück	200,-
„	Stück	300,-
„	Stück	400,-
„	Stück	500,-
„	Stück	600,-
„	Stück	700,-
„	Stück	800,-
„	Stück	900,-
„	Stück	1000,-

**Durlacher Anzeigen.**

**Kleinerkaufpreise für Gemüse**

Im Beheimen mit der Markt-Veranstaltung  
Karlsruhe wurden in der Zeit vom 30. Mai an  
folgende Kleinpreise festgelegt:

**Durlacher Anzeigen.**

**Kleinerkaufpreise für Gemüse**

Im Beheimen mit der Markt-Veranstaltung  
Karlsruhe wurden in der Zeit vom 30. Mai an  
folgende Kleinpreise festgelegt:

**Durlacher Anzeigen.**

**Kleinerkaufpreise für Gemüse**

Im Beheimen mit der Markt-Veranstaltung  
Karlsruhe wurden in der Zeit vom 30. Mai an  
folgende Kleinpreise festgelegt:

**Durlacher Anzeigen.**

**Kleinerkaufpreise für Gemüse**

Im Beheimen mit der Markt-Veranstaltung  
Karlsruhe wurden in der Zeit vom 30. Mai an  
folgende Kleinpreise festgelegt:

**Durlacher Anzeigen.**

**Kleinerkaufpreise für Gemüse**

Im Beheimen mit der Markt-Veranstaltung  
Karlsruhe wurden in der Zeit vom 30. Mai an  
folgende Kleinpreise festgelegt:

**Durlacher Anzeigen.**

**Kleinerkaufpreise für Gemüse**

Im Beheimen mit der Markt-Veranstaltung  
Karlsruhe wurden in der Zeit vom 30. Mai an  
folgende Kleinpreise festgelegt:

**Durlacher Anzeigen.**

**Kleinerkaufpreise für Gemüse**

Im Beheimen mit der Markt-Veranstaltung  
Karlsruhe wurden in der Zeit vom 30. Mai an  
folgende Kleinpreise festgelegt:

**Durlacher Anzeigen.**

**Kleinerkaufpreise für Gemüse**

Im Beheimen mit der Markt-Veranstaltung  
Karlsruhe wurden in der Zeit vom 30. Mai an  
folgende Kleinpreise festgelegt:

**Durlacher Anzeigen.**

**Kleinerkaufpreise für Gemüse**

Im Beheimen mit der Markt-Veranstaltung  
Karlsruhe wurden in der Zeit vom 30. Mai an  
folgende Kleinpreise festgelegt:

**Durlacher Anzeigen.**

**Kleinerkaufpreise für Gemüse**

Im Beheimen mit der Markt-Veranstaltung  
Karlsruhe wurden in der Zeit vom 30. Mai an  
folgende Kleinpreise festgelegt:

**N.D.L.**  
NORDDEUTSCHER LLOYD  
BREMEN

Regelmäßiger Passagier- und  
Frachtdienst mit eigenen Dampfern  
Von BREMEN nach

**NORD-  
AMERIKA  
u. SÜD-  
AMERIKA**

Vorzügliche Passagier-Einrichtung  
für alle Klassen. Annehmlichste Ver-  
pflegung, vorzügliche Promenaden- und  
hagliche-Gesellschaftsräume. Beste hygie-  
nische und sanitäre Einrichtungen.

Auskünfte, Drucke, Prospekte u. Platzbelegungen durch  
in Karlsruhe: Norddeutscher Lloyd,  
Agentur Karlsruhe, Karlstraße 22  
in Baden-Baden: Lloyd-Reisebüro  
W. Langguth, Lichtenthalerstraße 10,  
Café Zabier. 1422

**Pferdemarkt Karlsruhe**

Jeden leichten Mittwoch im Monat in der Gottesacker-  
Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-  
plätze. Gedeihliche Heuböden.  
Karlsruhe, den 27. Mai 1922.  
Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt.

**Pferdemarkt Karlsruhe**

Jeden leichten Mittwoch im Monat in der Gottesacker-  
Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-  
plätze. Gedeihliche Heuböden.  
Karlsruhe, den 27. Mai 1922.  
Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt.

**Pferdemarkt Karlsruhe**

Jeden leichten Mittwoch im Monat in der Gottesacker-  
Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-  
plätze. Gedeihliche Heuböden.  
Karlsruhe, den 27. Mai 1922.  
Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt.

**Pferdemarkt Karlsruhe**

Jeden leichten Mittwoch im Monat in der Gottesacker-  
Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-  
plätze. Gedeihliche Heuböden.  
Karlsruhe, den 27. Mai 1922.  
Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt.

**Pferdemarkt Karlsruhe**

Jeden leichten Mittwoch im Monat in der Gottesacker-  
Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-  
plätze. Gedeihliche Heuböden.  
Karlsruhe, den 27. Mai 1922.  
Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt.

**Pferdemarkt Karlsruhe**

Jeden leichten Mittwoch im Monat in der Gottesacker-  
Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-  
plätze. Gedeihliche Heuböden.  
Karlsruhe, den 27. Mai 1922.  
Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt.

**Pferdemarkt Karlsruhe**

Jeden leichten Mittwoch im Monat in der Gottesacker-  
Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-  
plätze. Gedeihliche Heuböden.  
Karlsruhe, den 27. Mai 1922.  
Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt.

**Pferdemarkt Karlsruhe**

Jeden leichten Mittwoch im Monat in der Gottesacker-  
Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-  
plätze. Gedeihliche Heuböden.  
Karlsruhe, den 27. Mai 1922.  
Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt.

**Pferdemarkt Karlsruhe**

Jeden leichten Mittwoch im Monat in der Gottesacker-  
Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-  
plätze. Gedeihliche Heuböden.  
Karlsruhe, den 27. Mai 1922.  
Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt.

**Pferdemarkt Karlsruhe**

Jeden leichten Mittwoch im Monat in der Gottesacker-  
Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-  
plätze. Gedeihliche Heuböden.  
Karlsruhe, den 27. Mai 1922.  
Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt.

**Pferdemarkt Karlsruhe**

Jeden leichten Mittwoch im Monat in der Gottesacker-  
Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-  
plätze. Gedeihliche Heuböden.  
Karlsruhe, den 27. Mai 1922.  
Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt.

**Pferdemarkt Karlsruhe**

Jeden leichten Mittwoch im Monat in der Gottesacker-  
Kaserne. Gute Stallungen. Große Vorführungs-  
plätze. Gedeihliche Heuböden.  
Karlsruhe, den 27. Mai 1922.  
Städtisches Schlachthaus und Viehhofamt.